

Kämpfen – der Sport machts vor!

Lieber Bundesrat – auch kleine Habenichtse können siegen...



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
Frenkendorf

Es gibt sie noch – die Vorbilder, welche im Sport «ihren Dienst» versehen. Sie kämpfen als Einzelsportler für sich – manchmal auch für ihr Land. Manch ein Politiker könnte sich von solchen Kämpfern, wie der Schweizer Fussball-Nationalmannschaft, eine Scheibe abschneiden. Denken wir an den Gentlemen-Sportler Roger Federer, der in der ganzen Welt der Imagewerber unserer Nation ist. Mehr als 500 Millionen Franken an «Wert» gelten die Fussballer von

POSTCODE
AZB 3806 Bönigen

Spanien. **Dagegen sind unsere Schweizer Fussballer – mit einigen Millionchen Franken – nur kleine Habenichtse. Aber sie haben bewiesen, dass auch kleine Habenichtse «wer sein können», wenn sie kämpfen und sich dem Gegner stellen.**

Wie auch immer die Fussball-Weltmeisterschaft ausgeht, sie haben als Kleine gegen den Europameister Spanien gewonnen. Bravo – Hut ab – selbst wenn man

da von einer sogenannten Multi-Kulti-Mannschaft reden muss. **Immerhin: Sie haben eine alte Schweizer Tugend in Perfektion umgesetzt – KÄMPFEN, nach dem Motto: Einer für Alle – Alle für Einen!** Leider haben viele in unserem Land das Kämpfen verlernt. Sehen wir uns doch diese Politiker an – was tun die derweil in Bundesbern?

Der Bundesrat zahlt Lösegeld an Libyen

und «bibäbelet» während längster Zeit mit einem Unrechtsstaat, in dem es Folter, politische Gefangene und Killerkommandos gibt. Unser Bundesrat zahlt sogar Lösegeld, bevor er zu Verhandlungen nach Tripolis fahren «darf». Gleich zwei Mitglieder dieses schwachen und in sich zerstrittenen Siebner-Gremiums haben sich beim Diktator in Libyen entschuldigt, sind auf die Knie gegangen, haben sich schwach und elend gezeigt. Sie haben damit unser Land blamiert und andere dazu eingeladen, gleich forsch mit uns zu verfahren, wie es die Libyer getan haben. Zuerst wollte der Bundesrat «stark» sein. **Er hat das Schengen-Abkommen restriktiv angewendet**, was dazu führte, dass keine Libyer mehr in unser Land einreisen durften. Doch das hat der Europäischen Union weh getan, denn sie musste sich – gemäss Schengen Abkommen – mit der Schweiz solidarisieren. **Damit durften auch keine Libyer mehr in EU-Länder einreisen. Dieses Intermezzo dauerte nicht lange. Unsere willfährig-unterwürfige Regierung wurde von der EU zurückgepiffen, weil diese weiterhin ihre Geschäfte mit dem Diktator machen wollen.** Die Schweiz liess sich das gefallen! Mehr kämpfen, wie die Schweizer Nati – das kam unseren Berner Schwachstromern nicht in den



Definitiv keine Vorbilder: Die Mitglieder des Bundesrates.

Sinn. Klein beigegeben haben sie! Und zum Schluss wird wohl unser Land noch durch ein internationales Schiedsgericht verurteilt, weil es dem Gaddafi-Sohn «Unrecht getan» hat?! Was haben wir nur für eine Regierung!

Kriechen für Gschäftli

Unser Bundesrat passt natürlich zu vielen Politikerinnen und Politikern, welche in Bundesbern die grosse Kelle schwingen. **Da haben wir die FDP, die CVP und die BDP, welche besorgt um ihre Geschäfte, den USA in den Hintern kriechen und einen desaströsen**

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Die Inflation kommt!
- 4 Zum Nachdenken
- 5 1.-August-Feier in Näfels/GL
- 6 Das 20. Jahrhundert – ein Krimi der Weltgeschichte
- 8 SD-Marktplatz
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Lügen haben kurze Beine
- 12 Wohin steuert die SVP?
- 15 Leserbriefe

Kämpfen – der Sport machts vor!*Fortsetzung von Seite 1*

UBS-Staatsvertrag abnicken. Denen ist es egal, dass damit in unsere Hoheitsrechte eingegriffen wird. Hauptsache, der Rubel kann weiter rollen. Wer hätte gedacht, dass die – damit ihr Rubel weiterrollen kann – gar unser Bankgeheimnis aufgeben. Von der FDP hätte man das nie erwartet. **Aber eben diese Freisinnig-Liberalen sind ja nur noch ein zerstrittener Haufen und damit ein Schatten von sich selbst.** Nun, wir wollen nicht das Bankgeheimnis und viele dahinter stehende Profiteure unterstützen. Aber etwas mehr Haltung, etwas mehr Kampf, das hätte den Regierenden trotzdem gut getan.

Amerika macht mit unseren braven Bundesräten was es will; die EU ebenfalls. Wo bleibt da das Rückgrat, das frühere Bundesratsmitglieder noch hatten? Man wird den Eindruck nicht los, dass Bundesbern vom Grösstkapital und den Abzockern regelrecht am Gängelband geführt ist. Sehr gut passt da ins Bild, dass die FDP-CVP-BDP-Mehrheit (unterstützt von einigen Abtrünnigen anderer Parteien) keine PUK (Parlamentarische Untersuchungskommission) will, welche all die Schandtaten rund ums UBS-Debakel hätte aufdecken sollen. **Es ist ja eh klar**

– für all diese Missetaten muss unser Volk bezahlen. Die UBS gelte es in höherem Landesinteresse zu retten, so tönt es aus liberal-freisinnigem Mund. Wie wenn diese Bank in den letzten zehn Jahren etwas für Land und Volk getan hätte...

SVP-Zick-Zack-Politik ist angesagt

Aber halt – da ist auch noch die SVP – die «Kämpferpartei», welche sich – gemäss eigener Lobhudelei – fürs Volk einsetzt. Der UBS-Vertrag sei des Teufels monierte ihr Führer Blocher. Brunner und Baader folgten dieser Parole. Auch Blochers Adlaten in der Bundeshausfraktion folgten seiner Parole. **Vergessen ist, dass Blocher, Spuhler, Ebner und Kompagnie vor noch nicht allzu langer Zeit der UBS sehr sehr nahe standen und davon – geldmässig – gross profitierten!** Also, diese SVP forderte die Ablehnung des UBS-Staatsvertrages und die Unterstellung unter das Referendum. Was dann folgte war ein Trauerspiel erster Güte. **Immer mehr Politiker der SVP knickten nach Bearbeitung durch die Hochfinanz ein.** Am Schluss stimmten einige SVP-Politiker für diesen Vertrag und ganz viele mutlose SVP-Politiker enthielten sich der Stimme. **Die Unterstellung unter das Referendum wurde von der SVP fallen gelassen. Damit wurde das Volk**

kaltgestellt. SVP-Zick-Zack-Politik oder Wischi-Waschi-Politik sagt man dem. Und «ihr Volk» hat die SVP mit diesem Verrat auch noch im Stich gelassen. Wir können wegen der SVP über diesen «Pest- und Cholera-Vertrag» (Originalzitat SVP) nicht einmal abstimmen. **Wäre die SVP nicht eingeknickt, hätten die SVP-Stimmen, zusammen mit den SP- und Grünen-Stimmen gereicht, um den UBS-Staatsvertrag dem Referendum zu unterstellen.** Sie haben es vorgezogen, den Schwanz einzuziehen und zu kuschen. **Kämpfen für das Volk passt offenbar nicht zur SVP! Und die SVP hat bewiesen, dass ihr die Hochfinanz näher liegt als die Interessen des Volkes.**

Abzockerinitiative verhindern

Das ist die Devise von FDP, CVP, BDP, aber auch der SVP. Dafür tun diese Parteien alles. **Die Abzockerinitiative von Thomas Minder will die extremsten Auswüchse in der Finanzwirtschaft ausmerzen.** Dieses edle Unterfangen wird von uns Schweizer Demokraten ohne Wenn und Aber unterstützt. Die bürgerlichen Parteien versuchten zuerst, die Initiative schlicht abzulehnen. Demgegenüber war die SVP für einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative. Auf Gesetzesebene könne man diese Probleme besser regeln als in der Bundesverfassung, liess die SVP wissen. **Ein**

Gegenvorschlag wurde von den Bürgerlichen abgelehnt. Dann plötzlich kam im letzten Moment die Wende, die Bürgerlichen waren nun für einen Gegenvorschlag, um weiter Zeit zu schinden. Die Sache ist äusserst durchsichtig! Der Abstimmungstermin konnte durch diese Verzögerungsmanöver weiter hinausgeschoben werden. Die Grossbankenvertreter von FDP, SVP, CVP und BDP wollten eine Volksabstimmung im Wahljahr 2011 unbedingt verhindern. Nun haben sie es geschafft – **nach ellenlangem Hin- und Her ist es so, dass diese Volksabstimmung nicht mehr vor den Nationalratswahlen im Oktober 2011 stattfinden kann – uff – gerettet, denken da viele Bürgerliche. Denn das Volk sagt Ja zu dieser Volksinitiative, diese Parteien wollen aber Nein sagen – und das ist im Wahljahr 2011 absolut zu verhindern.**

Sie haben es wirklich geschafft – alle zusammen, von der FDP bis hin zur SVP! So schäbig und schändlich gehen diese Parteien mit unseren Volksrechten um! Ich meine: Diesen Parteien – namentlich der FDP, der CVP, der BDP und auch der SVP – gehört bei den Nationalratswahlen eine gehörige Tracht Prügel in Form von Stimmenverlusten. Verdient haben sie es. **Wählen wir aufrechte Schweizer Demokraten!**

Die Schweiz immer dichter bevölkert!

Offizielle Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung sind alarmierend. Das Bundesamt für Statistik präsentierte vor wenigen Tagen neue Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung – und dies bis ins Jahr 2060.

Der Bundesrat betreibt **keine** eigentliche Bevölkerungspolitik. Dieser lässt der Entwicklung mehr oder weniger freien Lauf (Profiteure hievon gibt es natürlich!). Das Bundesamt für Statistik hat nun drei «Einschätzungen» der Bevölkerungsentwicklung bis in 50 Jahren vorgezeichnet (diese «Visionen» gleichen einem Fussballmatch: Gewinnen, Verlieren, Unentschieden!). Mehr bringen diese Spezialisten im Bundesamt für Statistik nicht zustande oder sie dürfen nicht anders... **Den Bundesrat muss man in dieser wichtigen Angelegenheit als völlig unbedarft, ja gar als unfähig bezeichnen** (dieses Verhalten kennen wir ja leider auch aus andern Problemcken der Bundespolitik!).

Drei Varianten seien bis zum Jahr 2060 möglich: **Heute 7,8 Millionen Einwohner plus die Illegalen!**

- Eine Bevölkerungsabnahme auf 6,9 Mio. Einwohner (SD = der richtige Weg; leider jedoch eine Utopie);
- starke Bevölkerungszunahme auf 11 Mio. Einwohner (für SD = schreckliche, aber reale Vorstellung!);
- 9 Mio. Einwohner (für die SD auch eine Horrortatstellung, denn alle diese Menschen wollen Wohnraum, Erholungsraum, Bildung, Arbeit usw. Die SBB sind schon heute an ihre Kapazitätsgrenzen angelangt).

Nicht mal alle eigenen Mitbürger haben heute einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz! Der Dichtestress ist in vielen Agglomerationen schon längst unerträglich geworden! Wie zeigt sich das zunehmende Aggressionspotential in der Schweiz bei vielen (jungen) Leuten? Und Burnout-Syndrom-Opfer («ausgebrannt/erschöpft») im bes-



Auch für das menschliche Zusammenleben ein Vorbild?

ten Alter? Ein weiteres Beispiel gefällig? Die IV hats inzwischen verlauten lassen, dass z.B. in der Schweiz lebende türkische Staatsbürger durchschnittlich kränker seien als Schweizer und auch überdurchschnittlich oft eine IV-Rente beziehen würden (sind dies auch Geschädigte der westlichen Wachstumsgesellschaft?).

Die schweizerische Bevölkerung eigentlich abnehmend!

Das Bundesamt für Statistik erklärt, dass die Geburtenrate pro Frau in der Schweiz weiterhin bei

1,5 Kind liegen wird. Die Leute würden hingegen noch einige Jahre älter (wers glaubt!). Das Bildungsniveau würde deutlich zunehmen (Frage: Bei Einwanderern aus Afrika, so z.B. mit Pflegepersonal aus Nigeria?). Die Bevölkerungszunahme wird also vollends durch Einwanderung verwirklicht. **Hat sich auch schon jemand in Bern gefragt, weshalb die Mieten, die Bodenpreise, die Lebenshaltungskosten in der Schweiz so hoch sind?**

Was «gebildete» Leute so erzählen...

In der «Basler Zeitung» (BaZ) vom 2. Juli äusserte sich in einem Interview das Geschäftsleitungsmitglied des Gottlieb-Duttweiler-Instituts (GDI) **Karin Frick** zu den zu erwartenden 9 Millionen Einwohnern in der Schweiz: Sie sagte auf die Frage: **«9 Millionen – eine Horrortatstellung? Nein, ich war gerade in Hongkong und dort leben 7 Millionen Menschen auf viel weniger Platz. Das geht.»** Weitere Frage:

Die Inflation kommt!



Bernhard Hess,
e. Nationalrat,
Bern

Der Markt spricht eine klare Sprache. Während Ökonomen und Politiker noch rätseln, wie es weitergehen soll, touchierte die EU-Gemeinschaftswährung mit einem Kurs von 1,3358 am 28. Juni 2010 einen neuen historischen Tiefstand gegenüber dem Franken. Die Frage, vor der nun die Euro-Zone steht, lautet: Wie sollen und können überhaupt die Staatsschulden zurückbezahlt werden?

Die gegenwärtig vorgeschlagenen Massnahmen gegen die griechische Misere wirken wie ein Tropfen auf den heissen Stein, denn andere EU-Länder verschulden sich derzeit ähnlich hoch. Die Defizitquote Griechenlands 2009 klingt astronomisch hoch (offiziell: 13,6 Prozent), andere Länder wie Irland (14,3), Spanien (11,2) oder Portugal (9,4) erreichen ähnlich kritische Werte. Erlaubt sind in der Euro-Zone eigentlich nur drei Prozent.

Schuldenberge

Irgendwann jedoch müssen die Schuldenberge abgebaut werden. Und hier beginnen die Probleme, denn theoretisch gibt es nur drei Möglichkeiten. Erstens: eine florierende Wirtschaft mit sprudelnden Steuereinnahmen und sparsamen Ausgaben. Doch das erscheint für Südeuropa aufgrund der Wirt-

schaftsstruktur unmöglich. Zweitens eine Geldabwertung, sprich eine Inflation. Dieses Mittel wird fast immer angewendet, wenn der erste Weg versperrt ist. Drittens: ein Ausscheiden von Deutschland oder etwa Griechenland aus der Euro-Zone. Dies wäre eine sehr teure Variante, die von der Mehrzahl der Ökonomen als unrealistisch bezeichnet wird.

Wie aber bauen sich durch Inflation Schulden ab? Die Volkswirte von Morgan Stanley haben für die USA, die durch die Schuldenpolitik der Präsidenten George W. Bush und Barack Obama vor ähnlichen Problemen wie Europa stehen, einige Beispielrechnungen durchgeführt. So brauche man zur Entschuldung keine Parallelen zur Hyperinflation von 1923 zu ziehen. Es würden schon moderate Preissteigerungsraten genügen. Die Inflationsrate in den USA müsste im kommenden Jahrzehnt im Durchschnitt neun Prozent betragen. Spart der US-Staat sogar ein bisschen, könnten Inflationsraten von womöglich vier bis sechs Prozent die US-Verschuldung stabilisieren.

Geldentwertung

Die US-Ökonomen Joshua Aizenman und Nancy P. Marion haben darauf hingewiesen, dass die USA in den Nachkriegsjahren eben diese Strategie verfolgten: Mit Inflationsraten um die sechs Prozent gelang es Amerika binnen weniger Jahre, die nach dem Krieg hohe Schuldenquote um 20 Prozentpunkte zu senken. Blicke die Inflationsrate jedoch bei dem gegenwärtigen Wert von zwei Prozent – jenem Niveau, das bislang als Geldwertstabilität gilt – würden die US-Schulden explodieren. Ähnlich die Situation in den Euro-Ländern: Mitgliedstaaten, die hochverschul-

zen schliessen? Das ist keine Lösung. Die Schweiz braucht ausländische Arbeitskräfte – nicht zuletzt zur Betreuung älterer und pflegebedürftiger Menschen und zur Weiterentwicklung unserer hoch technologisierten Gesellschaft.»

Hat sich die Journalistin Blangetti auch schon mal überlegt, ob denn die in die Schweiz einwandernden Ausländer auch einmal AHV und selbst Alterspflege beanspruchen? Wer versorgt dann später diese Leute? Stecken Sie mal 30 Personen in eine 3-Zimmer-Wohnung. Tatsache ist: **Der schweizerische Lebensraum ist nicht unendlich wie das Weltall...**

Markus Borner



Der Euro auf der Kippe. Viele halten die Tage des Euros für gezählt.

det sind, haben ein Interesse an mehr Inflation. Entsprechend könnten ihre Vertreter im Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) handeln, mit dem Ziel, einen Teil der Schulden wegzufinanzieren und so für eine laxere Geldmarktpolitik zu votieren. Je mehr Länder in den Sog der Schuldenkrise gezogen werden, desto eher ergeben sich im EZB-Rat Mehrheiten für eine inflationäre Politik!

Und die Schweiz?

Die Inflation wird auch die

Schweiz belasten. Unsere Nationalbank hat weit mehr als 100 Milliarden Euro aufgekauft – mit frisch gedruckten Franken. Damit machen auch wir unseren Franken zum Toilettenpapier. In Europa sind möglicherweise einzig noch die norwegische Krone und die tschechische Krone sicher.

Für den Franken ist es möglicherweise bereits zu spät... Wir erleben derzeit einen Systemumbruch, und wer hier in das System vertraut, wird massiv verlieren.

Landwirtschaft auf Abwegen!

Leider stimmt es auch mit der Landwirtschaft in der Schweiz seit Jahrzehnten nicht mehr. Bekanntlich wurde aus unserem Landwirtschaftsland mit mehrheitlich Bauern ein Industrie- und Dienstleistungsstaat, wie wir ihn seit den 60er-Jahren kennen und erleben. Auf immer weniger Nutzfläche muss immer mehr Nahrung für immer mehr Menschen gedeihen. Diese Rechnung geht wirklich für Natur und Mensch niemals auf! Vermehrt leiden unsere Miteidgenossen an Allergien, hervorgerufen von Milch, Weizen usw. Die Milch lehne ich seit Jahrzehnten völlig ab. Der Brot-Weizen ist leider auch gespritzt und verändert.

Das grosse Übel wegen der Nutztierhaltung erleben wir täglich. Unser gesamtes Mittelland und die

Voralpen sind durch die intensive Nutztierhaltung in einem schlechten Zustand (Amonniak bewirkt ein Artensterben von Flora und Fauna). Zudem brauchen alle Vögel und Wildtiere mehr Platz als die wenigen verfügbaren Hecken, welche einzelne Landwirte, Natur- und Vogelschutzvereine geschaffen haben.

Hier die Lösung dieser grossen Probleme: Die Direktzahlungen an die Nutztierhaltung sind sofort zu streichen; die Subventionen sind für Gemüse, Salate und Früchte zu verwenden. Unsere noch wenigen Bauern sollten endlich anstelle der Tierhaltung Bohnen, Weisskohl und Kabis anpflanzen.

Thomas Fischer, Uzwil
(Die SD-Red. teilt diese Meinung nicht ganz!)

Fortsetzung von Seite 2

«Laut Bundesamt für Statistik wird die Schweizer Bevölkerung immer gebildeter, gerade wegen der Einwanderung.» Antwort von Frau Frick: **«Darum müssen wir uns diesen Wissensarbeitern zuwenden und den Kindern, damit sie zu solchen Wissensarbeitern werden. Schliesslich ist es für einen Ingenieur, Informatiker oder Professor auch einfacher, bis 80 (?), SD-Red.) zu arbeiten als für einen Bauarbeiter.»**

Die BaZ-Journalistin Claudia Blangetti gab in ihrem Kommentar zu den «9 Millionen» gar noch eins drauf: **«Was ist zu tun? Die Gren-**

Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert, ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz. Gesundheitlich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das Land verlassen. Diese beedigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.

Harry Burger, «Im Schatten der US-Mafia» – 164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765



Zum Nachdenken!

Leider keine heile Welt...

Für Sie gelesen: Die Schweizer Nationalbank (SNB) versucht weiterhin den Kurszerfall des Euro aufzuhalten und hat deshalb weitere x 10 Milliarden Euro – fiat money (= ungedeckte Papierschnitzel) gekauft. Mit jetzt über 200 Milliarden Euro soll sie jetzt die höheren Devisenreserven besitzen als die Europäische Zentralbank oder die amerikanische FED. Dabei sollen die Devisenreserven zu über 2/3 aus Euro bestehen.



Und das gedacht: Nachdem der Euro – auch in guten Zeiten – von Juni 1998 bis Juni 2008 einen Verlust an Kaufkraft von 58 Prozent ausgewiesen hat, können wir uns auf saftige Verluste für die kommenden Jahre gefasst machen. – Philipp Hildebrand kann sich glücklich schätzen, für das erwähnte Jahrzehnt nicht verantwortlich zeichnen zu müssen. (Siehe hierzu das Buch «Krankes Geld – kranke Welt» von Gregor Hochreiter.)

Für Sie gelesen: Die britische Königin Elisabeth II hat einen britischen Scharfschützen mit einem hohen Orden ausgezeichnet, weil er in 28 Sekunden aus 1,6 km Entfernung fünf vermutete Taliban-Kämpfer erschossen habe. Zudem habe der Ordensträger bis jetzt 37 Taliban aus grosser Entfernung getötet. Zu diesem Vorgehen sei der Angehörige einer Spezial-Einheit befugt, wenn er den Eindruck habe, vermutete Taliban-Kämpfer könnten eine Bedrohung für britische Soldaten bedeuten.

Und das gedacht: Hat sich in dieser Queen die ganze Arroganz und Rücksichtslosigkeit des verblichenen Britischen Imperiums konserviert? Dass es bei den englischen Truppen Scharfschützen gibt, die auf Verdacht hin Menschen ohne Abklärung ihrer Identität einfach erschiessen dürfen, ist ein Skandal. Dass so ein «Ober-Mörder» dafür von der Königin noch ausgezeichnet wird, ist ein unerträglicher Affront gegen alle Menschlichkeit

und eine flagrante Verletzung der internationalen Abkommen über die Landkriegführung.

Für Sie gelesen: In der Autostadt Detroit sollen 90 000 Einfamilienhäuser zum Verkauf leer stehen. Jetzt hat die Stadt-Regierung beschlossen, 10 000 Häuser abzureisen um zu verhindern, dass obdachlos gewordene Mitbürger dort einziehen.

Und das gedacht: Das also ist Sozial-Fürsorge à l'americaine. Die USA überziehen die Welt mit faulen Dollars, geben jährlich Hunderte von Milliarden für ihre Kriegsabenteuer und Weltmacht-Spiele (mit 16 Geheimdiensten mit weltweiten Interventionen, irrwitzigen Rüstungskosten und einem Millionenherr unter der Fahne, etc.) aus und sind nicht in der Lage und nicht Willens, für ihre notleidenden Mitbürger das Nötige zur Bewahrung der Menschenwürde zu finanzieren.

Für Sie gelesen: Die neuen Spannungen in Korea sind vorerst unverständlich, da sich Nordkorea in jüngster Zeit verhandlungsbereit zeigte. Nach einem Bericht einer militärischen Ermittlungskommission bestehend aus US-Amerikanern, Kanadiern, Briten, Schweden und Südkoreanern wurde die nordkoreanische Korvette «Cheonan» durch ein nordkoreanisches Torpedo versenkt. Als Beweis diente ein Bruchstück eines Torpedopropellers. Nordkorea ist ob dieser zweifelhaften Beweisführung empört. Russland bezweifelt das Untersuchungsergebnis und Obama hetzt zu schärferer Haltung gegenüber Nordkorea – dem erklärten Schurkenstaat!

Und das gedacht: In einem solchen Falle ist die Frage «cui bono – wem nützt es» zu stellen. Die Antwort ist klar: Washington – für die Begründung der weiteren Stationierung von 28 000 Soldaten auf der koreanischen Halbinsel; der weiteren Präsenz einer amerikanischen Flotte in japanischen Gewässern (resp. der Aufrechterhaltung des Flottenstützpunktes Okinawa) und die allgemeine, militärische Präsenz der USA in dieser Weltgegend. – Äusserst unwahrscheinlich ist dagegen, dass Nordkorea ein Schiff versenkt. Wenn es die Spannungen erhöhen will, braucht es bloss übungshalber eine alte Rakete Richtung japanisches Meer zu schiessen und schon ist ein «quasi casus-belli» realisiert.

Dazu braucht es nicht eine selbstschädigende Aktion und den Tod von 46 Marine-Soldaten.

Für Sie gelesen: Nach der unsäglichen Scharade mit der libyschen Staatsführung ist das Erpressungsopfer Max Göldi am Wochenende des 13. Juni endlich freigekommen. Dazu brauchte es neben der Aussenministerin mit ihrem Kniefall vor Herrn Gaddafi hochrangige Vertreter der EU (den EU Ratsvorsitzenden Miguel Moratinos), Italiens Ministerpräsidenten Berlusconi (den offensichtlich eine Seelenverwandtschaft mit Gaddafi verbindet) und französische Unterstützung. Und was posaunten fast alle befragten Politiker in der Schweiz am folgenden Tag in die Welt hinaus: «Es gehe nun darum, die Beziehungen mit Libyen möglichst rasch wieder zu normalisieren und den «courant normal» wieder herzustellen.»



Und das gedacht: Dass einzig der SP-Nationalrat Mario Fehr den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Libyen forderte, da die Schweiz in unerträglicher Art gedemütigt worden sei, stimmt traurig und ist höchst bedenklich. Unser Land verdient wirklich keinen Respekt mehr, wenn wir uns aus finanziellen Gründen von diesem Verbrecher-Regime eines Gaddafi derart am Narrenseil herumführen lassen. Neben dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gäbe es noch folgende Möglichkeiten einer angepassten Reaktion durch die Schweiz:

- Blockierung sämtlicher libyscher Vermögenswerte in der Schweiz;
- Erklärung der ganzen Diktatoren Familie zu «Personae non gratae»;
- Abbruch aller Handels- und Verkehrsbeziehungen mit Libyen und schliesslich
- Einreichung einer Klage gegen das libysche Regime wegen Missachtung der Menschenrechte beim Gerichtshof in Den Haag.
- Dass sich Hannibal Gaddafi gegenüber seiner Hausangestellten wie ein Sklavenhalter benommen hat, dürfte unbestritten sein. Dass die Genfer Polizei bei ihrer Reaktion übers Ziel hinaus-schoss, ist demgegenüber eine lässliche Sünde und rechtfertigt die libyschen Reaktionen in keiner Weise.

– Für die entstandenen Kosten für die Schweiz und die Geiselpfer wäre aus den sequestrierten Vermögenswerten der Gaddafi-Familie aufzukommen. Für den Wahnsinn, dass jetzt noch 1,5 Mio. Franken auf ein deutsches Sperrkonto zu Gunsten der Libyer einbezahlt wurden für den Fall, dass die oder der Verantwortliche(n) für die Veröffentlichung des Verhaftungsfotos von Gaddafi-Junior nicht eruiert werden können, haben wir gar kein Verständnis. Einmal mehr machen wir uns lächerlich!

Für Sie gelesen: Wie vor über 200 Jahren in Frankreich wurden mit den aktuellen Massnahmen – lies: Rettungspaket von 750 Mia. Euro für überschuldete Staaten – die Grundlagen einer stabilen Währung – des Euro – zerstört. Dies ist umso tragischer, als damit nicht die betreffenden Staaten saniert werden, sondern die Gläubiger-Banken vor Schaden bewahrt werden sollen. Fünf deutsche Professoren haben deswegen beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen dieses Vorgehen eingereicht, das übrigens klar gegen die Regeln des «Euro-Paktes» verstösst.

Und das gedacht: Trotz aller Sachkenntnis und Intelligenz der betreffenden fünf Professoren, zeugt diese Aktion von grenzenloser Naivität. Die Schwierigkeiten der Euro-Währung haben mindestens zwei Gründe:

1. Die Disziplinlosigkeit mehrerer Länder der Eurozone, die sich weder an die Vorgaben des Stabilitätspaktes beim Eintritt in die Eurozone hielten, noch ihren Haushalt im Gleichgewicht zu halten bereit waren, und
2. der erklärte Wirtschaftskrieg der amerikanischen Regierung mit dem Ziel, den Euro in eine Krise zu treiben um damit den Dollar zu stützen. Dabei spielen die anglo-amerikanischen Geheimdienste eine miserable Rolle. Es ist bekannt geworden, dass Regierungsmitglieder der im Visier stehenden Staaten hemmungslos erpresst werden. Zur Rufschädigung werden auch bekannte Wirtschaftsjournalisten und Rating-Agenturen eingespannt.

Wer nun glaubt, deutsche Richter hätten den Mut gegen die Militär- und Wirtschaftsmacht USA anzutreten, erwartet schlicht Unmögliches in einem Staat, der seit 60 Jahren im Vasallen-Status gehalten wird und dessen Kanzlerin letztlich als Befehlsempfängerin in Washington antraben darf.

Fortsetzung Seite 7

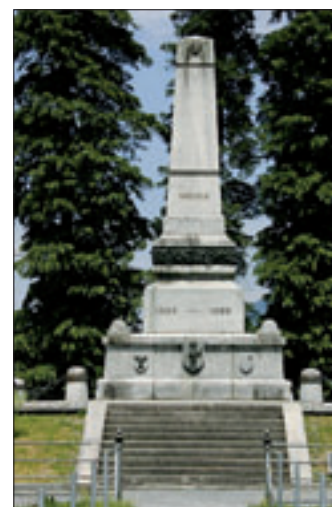


1.-August-Feier 2010 der Schweizer Demokraten und JSD

Die diesjährige 1.-August-Feier findet statt
im Restaurant National, alte Bahnhofstr. 6, Näfels/GL

Programm:

- ab 10.30 Uhr: **Auftakt mit Musig-Walti** aus Mollis, der uns an diesem Anlass musikalisch begleiten wird.
- 10.40 Uhr: **Gemeinsames Singen der Nationalhymne** «Trittst im Morgenrot daher»
- Begrüssung und Programmführung durch Bernhard Hess**, e. Nationalrat, SD-Geschäftsführer
Begrüssung und Kurzansprache in französischer Sprache durch Michel Dupont, 2. SD-Vizepräsident
- 11.00 Uhr: **Hauptansprache zum Nationalfeiertag:**
«Die Schweiz – unsere Heimat!»
Referent: Ueli Brassler, Gemeinderat, SD-Zentralpräsident
- 12.15 Uhr: **Mittagessen** – Menü: Rahmschnitzel mit Nudeln und Salat.
Kosten: Fr. 25.–.
Vegetarisch: Gemüseteller Fr. 18.50; mit Salat Fr. 25.–.
- 13.30 Uhr: **«Kabarettistisches Jubiläumsprogramm**
Das Beste aus 10 Jahren Cabaredi, gespickt mit aktuellen Höhepunkten (www.cabaredi.ch)
- 14.30 Uhr: **Besuch des Schlachtdenkmals** (5 Minuten Fussmarsch)
Dort Kurzansprache eines JSD-Vertreterers. Schluss der Veranstaltung um ca. 15 Uhr. Ganz eifrige Teilnehmer gehen zurück ins «National» für einen Schlusstrunk, wo auch eine luftige Gartenwirtschaft zur Verfügung steht!



In Erinnerung an die letzte Schlacht zwischen Habsburgern und Eidgenossen im Jahre 1388

Wichtig: Eine Anmeldung ist nicht notwendig! Dieser Anlass wird bei jedem Wetter durchgeführt. In der grossen Gaststube finden auch bei Regen alle Teilnehmenden problemlos Platz!


Anfahrt: Die Anreise mit dem Zug ist problemlos. Ab Zürich Hbhf. in 45 Minuten bis **Ziegelbrücke**, um dort **umzusteigen** (an der Strecke Zürich – Chur gelegen). In Ziegelbrücke den Regionalzug ins Glarnerland Richtung **Näfels**-Mollis besteigen. Das Restaurant National liegt fünf Gehminuten vom Bahnhof entfernt.

Mit dem Auto Autobahnausfahrt **Niederurnen/Glarus** benützen. Es gibt beim Restaurant National nur wenige Parkplätze. Besser beim Bahnhof parkieren!

Für dringende Rückfragen zur SD-Feier Telefon 061 262 03 04.




Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen


 **Bezirk Baden und Umgebung:** Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.

 **SD Stadt Bern:** Höck im Rest. «Bahnhof Süd» in Bümpliz-Süd (Restaurant ist unmittelbar beim Bahnhof). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.

 **Luzern-Innerschweiz:** Stamm im Rest. «Listrig» in Emmenbrücke. Jeden 2. Montag im Monat ab 20.00 Uhr.

 **Winterthur und Umgebung:** Höck im Rest. «Blume», Wülflingerstr. 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (bei einem Feiertag eine Woche später).

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am 1. und 3. Montag des Monats Stamm ab 20 Uhr im Rest. «Rütli», Gerberstr. 2 in Liestal. Wir sind alles Junge!

jsd-ostschweiz.ch: Stammtisch, fast jeden Donnerstag (siehe www.jsd.ostschweiz.ch oder 079 836 90 87) im Rest. «Löwen» in Tobel (TG), ab 20.00 Uhr. Wir sind alles Junge!

Elektronische JSD-Zeitung
<http://www.volkundheimat.ch>

SD-Facebook-Gruppe
René Kunz-SD-Grossrat AG /
Marco Schüllmann
«Tiere sind keine Ware»

Eidg. Volksinitiative
«Schutz vor Rasern»
Tel. 044 737 48 29

Das 20. Jahrhundert – ein Krimi der Weltgeschichte!

Zweiter Teil



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
König

Der Zweite Weltkrieg

Hitler war mit den bereits erwähnten Aktionen genau soweit gegangen, wie es ihm die Briten erlaubt hatten. Der berühmte Ausspruch von Neville Chamberlain nach dem Treffen von München 1938 «Peace for our time», war nichts anderes als eine grandiose Lüge. Grossbritanniens Spiel war deutlich: Wie im Ersten Weltkrieg wollte es, dass die Sowjetunion für England den Krieg in Eurasien gewann, indem es die Nazis in die weiten Steppen lockte und sie dann in einem ausgedehnten und hinausgezögerten Kampf aufrieb.

Am 1. September 1939 erklärte Deutschland Polen den Krieg, womit der Zweite Weltkrieg begann. Der Hintergrund war der Hitler-Stalin-Pakt und das Versprechen Englands, einen Angriff auf Polen als Kriegsgrund gegen Deutschland zu interpretieren. Aber Grossbritannien tat nichts. Ungerührt wartete es ab. Während des Polenfeldzuges hatten die Franzosen und Engländer an der Westfront 1,5 Mio. Mann stehen, während Hitler dort lediglich 350 000 Soldaten stationiert hatte, die zudem erstaunlich schlecht ausgerüstet waren. Nach verschiedenen Analysen hätte in jenem Moment die deutsche Armee noch leicht besiegt werden können. Offensichtlich fehlte es an der Bereitschaft, die Nazis zu bekämpfen.

Am 12. Oktober richtete Hitler die erste seiner Friedensreden an England: Mit dem Wunsch, zu einer Verständigung zu gelangen, stellte er auch die Möglichkeit in Aussicht, die Juden im polnischen Rumpffgebiet unter deutscher Kontrolle anzusiedeln. England lehnte das Angebot ab.

Am 10. Mai 1940 übernahm Winston Churchill als Premierminister und Hauptkämpfer im Kreuzzug gegen Deutschland das Ruder des Empires. Die meisten Leute aus der Zeit von Chamberlain blieben in ihren Positionen. Ihre Aufgabe blieb so wie früher, die Nazis mit der Aussicht auf ein Bündnis zu täuschen. Der Zweck war, Zeit zu gewinnen und Hitler zum Angriff

gegen die Sowjetunion zu verleiten. Ausserdem sollten die Amerikaner in den Krieg hineingezogen werden.

Am 15. Mai fiel Holland. Hitler erlaubte am 24. Mai «gnädig» die Evakuierung des bei Dünkirchen eingeschlossenen französisch-englischen Armeekorps mit 375 000 Mann.

Belgien kapitulierte am 27. Mai 1940.

Am 14. Juni marschierten die deutschen Truppen in Paris ein.

Seit dem 10. Juli bombardierte die Luftwaffe britische Häfen und Logistikzentren. In seiner Botschaft vom 19. Juli 1940 bot Hitler wieder einmal um der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes willen Grossbritannien Frieden an. Und erneut lehnte Grossbritannien ab.

Ende Juli versuchte nochmals eine Nazidelegation in Lissabon mit den Engländern klarzukommen. Vergeblich. Churchill unterdrückte die Dokumentation dieses Angebotes persönlich.

Luftschlacht um England

Am 13. August eröffnete Hitler widerwillig die Luftschlacht gegen England. Er wollte niemals Krieg gegen England führen und war auch nicht darauf vorbereitet. Er wollte England lediglich «zur Vernunft bringen – verhandlungsbereit bombardieren». Der Angriff wurde zum Fiasko und am 17. September unterbrochen; am 10. Mai 1941 – nach einigen wenig erfolgreichen Luftangriffen wurden diese endgültig eingestellt.

Die ganze Zeit versuchte Churchill die Amerikaner in den Krieg hineinzuziehen mit finsternen Drohungen – er könnte gezwungen sein, die Flotte an Deutschland auszuliefern.

Mit dem Leih- und Pachtvertrag standen die USA den Engländern massiv bei und vier Tage nach Pearl Harbor, am 11. Dezember 1941, erklärte Deutschland irrwitzigerweise den USA den Krieg.

Am 22. Juni 1941 hatte Deutschland den Krieg gegen Russland eröffnet.

Drei Millionen Deutsche, Kroaten, Finnen, Rumänen, Ungarn und Italiener wurden von ebenso vielen roten Kämpfern erwartet; deren Zahl aber wuchs in den darauf folgenden Monaten auf die vierfache Stärke an.

Schon am 26. Juli verlangte Stalin ein sofortiges Eingreifen der Alliierten in Westeuropa, um die russische Front zu entlasten. Churchill

lehnte ab. Dasselbe Bild, als zwei Jahre später die Amerikaner das Eingreifen der Briten an der Westfront verlangten.

Churchill und sein Militärstab hielten die Amerikaner während dreier Jahre davon ab, eine Westfront zu eröffnen. Damit gewährte er den Nazis freie Hand im Osten oder mit andern Worten – er liess ihnen die Zeit, um sich in Russland zu Tode zu siegen. Oder besser, die Russen konnten mit amerikanischen Waffen die Nazis in einem furchtbaren Blutbad untergehen lassen. Und erst als es soweit war, rückten die Engländer mit den Amerikanern zusammen an, um die Siegesbeute – das deutsche Herzland – einzukassieren. Nicht ohne dieses vorher noch in einen Trümmerhaufen verwandelt zu haben.

Wenn die Eliten der Alliierten noch heute behaupten, die Deutschen seien für die Katastrophe allein verantwortlich, ist das mehr als eine Lüge. Es ist ein Verbrechen und jene, die für das unglaubliche Leiden der Völker im Zweiten Weltkrieg verantwortlich sind, gehören noch posthum zur Verantwortung gezogen.

Vernichtung Deutschlands

Das Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete die Vernichtung Deutschlands als unabhängigen Staat. Dieser ist noch heute – schlecht getarnt – lediglich ein Vasall der USA. Es leitete aber gleichzeitig den Niedergang des britischen Weltreiches ein. Der noch heute übliche Prunk bei der Parlamentseröffnung in London oder bei einer königlichen Hochzeit grenzt angesichts der wirklichen Stellung von GB in der Welt an Lächerlichkeit. Grossbritannien wurde immer mehr zum gefügigen Vasallen der USA und hatte und hat bei allen Kriegen, Wirtschaftskrisen, Attentaten und Mordanschlägen zum Aufbau des amerikanischen Imperiums brav mitzuspielen.

Das letzte Drittel des Jahrhunderts

wurde geprägt durch den Kalten Krieg gegen die Sowjetunion, den Rüstungswettlauf und zahlreiche Stellvertreterkriege, welche – vorbereitet von den amerikanischen, englischen und israelischen Geheimdiensten vom Zaun gerissen wurden. Nach den Verbrechen am japanischen Volk (Hiroshima, Nagasaki) konnte jedoch wenigstens der atomare Holocaust vermieden werden.



Pearl Harbor 1941; Kriegsbeginn im pazifischen Raum

Nachdem 1989 die Sowjetunion als «glaubwürdiger» Feind und Bedroher des Weltfriedens kollabierte, baute die USA in aller Eile einen neuen Gegner – den Terrorismus – personifiziert durch Osama bin Laden und das El-Kaida-Netzwerk – auf.

Mit 9/11 – einem Meisterstück der geheimdienstlichen Perfidie – wurde ein Meisterstück abgeliefert, mit dessen Hilfe das amerikanische Volk «vermeintlich» dauerhaft in die Bestrebungen der herrschenden Clubs eingebunden werden sollte, nämlich aus den Vereinigten Staaten ein Imperium zu machen, das von einem Präsidenten und seinem Beraterkreis regiert wird, die sich als die Herren der Welt verstehen. Dabei wirken die wirklichen Herren aus dem Dunkeln der Clubs und Geheimgesellschaften. Ihr vordergründiges Ziel wird wie folgt definiert;

Amerika muss mit allen Mitteln die historische einmalige Gelegenheit ergreifen, seine Stellung als alleinige Weltmacht absichern und so kräftig ausbauen, dass in den kommenden Jahrzehnten kein Staat auf der Erde es wagen würde, sich dem Willen und dem Führungsanspruch der Vereinigten Staaten zu widersetzen.

Ob diese Rechnung aufgeht, ist heute, angesichts der wirtschaftlich/finanziellen Katastrophen, allerdings zu bezweifeln. Dazu kommen die Schwierigkeiten mit der Kriegsführung im Nahen Osten und in Afghanistan, der zunehmenden Last, die ihr Vasall Israel für die USA bedeutet, und die Unruhen vor ihrer Haustüre – in Südamerika. Einmal mehr scheint sich ein Weltreich überdehnt zu haben und droht an seiner Machtgier zu ersticken. Dies ist kein Grund zur Freude – sehr wohl aber zur Sorge. Denn der allfällige Sturz dieses Machtriesen dürfte nicht ohne gewaltige Kollateralschäden über die Bühne gehen.

Eine Grenzbesetzung, die eigentlich keine war und die Neutralisierung von abertausend Kämpfern



Robert Berner,
Rheinfelden

Nach dem Schweizer Lexikon 91 gibt es keine Pflicht, Asylanten aufzunehmen. Dies höchstens als vorübergehender Schutz vor Verfolgern. Etwa unter einem Asylbogen, wie früher in meiner Stadt im «Schelmengässli».

Nach insgesamt vier Hugenottenkriegen im benachbarten Frankreich flohen über 100 000 Flüchtlinge auf dem Weg nach Deutschland über die Schweiz, in Genf hinein, im Schaffhausischen wieder hinaus. In Richtung Niederlande waren es eine halbe Million. Der Schaden für Frankreich – dem Verursacher – war gewaltig. Hier geht es aber um

militärische Internierung.

Diese ist nur vorübergehend. So kurz die Bourbaki-Internierung auch war, so tief hat sie sich in die Erinnerung von uns Schweizern eingepreßt. Das Panorama in Luzern hält diese weiterhin wach. Während des Zweiten Weltkriegs waren bei uns zeitweise 30 000 Franzosen und über Jahre 12 500 Polen in grossen und kleinem Lagern interniert. Die Interniertenzahl stieg 1945 auf total 42 000 Mann. Und immer grösser wurde die Masse an Zivilflüchtlingen. Alles mit guten und schlechteren Erinnerungen. Doch der 1871 nur kurzfristig auf die ganze Schweiz (mit Ausnahme des Tessins) verteilten Bourbaki-Soldaten gedenkt man heute noch. Die im Juni 1940 bei uns internierten polnischen Armeeangehörigen – zumeist in Wäldern in Baracken untergebracht – verrichteten nützliche Arbeit mit Strassenbau und Meliorationen. Entsprechende Inschriften kann man da und dort noch immer lesen.

Das Bourbaki-Panorama

in Luzern vermittelt als Rundgemälde ein wirklichkeitsnahes Bild der winterlichen Tragödie von 1871 in Les Verrières. 2008 restauriert, wird es aufs sorgfältigste instandgehalten. 1986 erschien das bebilderte Buch «Asyl für 87 000» (Classen-Verlag) und 1999 in der

«Neuen Luzerner Zeitung» eine Seite über das Grosslager (1940) für Franzosen und Polen in Büren an der Aare. So sind beide Grossereignisse immer wieder Fallbeispiele für militärische Internierungen. Das politische Umfeld während der Grenzbesetzung von 1871 und die militärische Bewältigung einer echten Bedrohung tönt Bernhard von Arx 2001 erstmals in der «Weltwoche» an. Seine Forschung verdichtet er in einem eben erschienenen Buch mit dem Titel «Konfrontation, die Wahrheit über die Bourbaki-Legende». Der damalige Bundesrat, insbesondere Emil Welti, kommt darin «flach» heraus. Er liess unsere Grenze mit nur 37 000 Mann von Schaffhausen bis Pruntrut besetzen, wählte Hans Herzog zum General und gab eine Neutralitätserklärung ab. In Basel war die Sprengung der Rheinbrücken vorbereitet. Elsässer flüchteten nach Basel. In Paris regierte Napoleon III. Er sprach Thurgauer Dialekt und hatte sein Offiziersbrevet in Thun erhalten. Kaum begonnen, glaubte man in Bern, der Krieg sei vorbei. Doch Napoleon III. wurde gestürzt; das Verhängnis nahm seinen Lauf. Schweizerseits begnügte man sich mehr und mehr darum, sichtbare Fähnlein an der Grenze aufzustellen. Unter Bismarck entstand das Deutsche Reich, schloss mit den Franzosen einen Waffenstillstand ab, nicht aber mit dessen Ost-Armee. «Plötzlich standen in der Senke von Verrières hunderttausend Franzosen und noch mehr Deutsche. Letztere bereit, in die Schweiz einzudringen, falls die Bourbakis nicht entwaffnet wurden». Herzog – im letzten Augenblick aus Neuenburg angekommen – schloss am 1. Februar 1871 mit General Clinchant bei Kerzenlicht eigenmächtig die Vereinbarung zum Übertritt und zur Entwaffnung.

Les Verrières heute

Hier fährt einzig noch der TGV Paris – Pontarlier – Neuchâtel-Bern durch. Der internationale Bahnhof ist abgeprotzt, die umliegenden Häuser noch genau gleich wie auf dem Bourbaki-Panorama von 1871. Die private Bahngesellschaft Franco-Suisse hat diese schöne, nur 40 Kilometer lange Strecke bereits 1860 erstellt. Heute ist die einst bedeutende Grenzscheide nur noch auf der Strasse zu erreichen. Wie auf dem Bild in Luzern, ist hier die Zeit still gestanden.



Andenken an die Bourbaki-Soldaten

General Bourbaki (1816–1897) erholte sich von seinem Selbstmordversuch, kam verwundet ebenfalls in die Schweiz, versah dann nochmals ein hohes Kommando in der französischen Armee. Das Elsass war Frankreich verloren gegangen, die Internierten wurden hierzulande mit Tränen verabschiedet. Elsässer, die nicht Deutsche werden wollten, wurden teils in Algerien angesiedelt. Unsere Bevölkerung war dannzumal franzosenfreundlich. Mein Urgrossvater – Bezirksamtman von Rheinfelden – legte sich in der sogenannten Wohlgemuth-Affäre

mit Bismarck an. Unser Land stand wegen zögerlichem Bundesrat 1871 am Rand einer Katastrophe, da Bundesrat Welti und Eisenbahnkönig Alfred Escher ganz auf die Gotthardbahn fixiert waren und die Bedrohung unserer Westgrenze von Basel bis Genf nicht achteten. General Herzog bewahrte uns vor Schlimmem. In Aarau kann man ihn immer noch «hoch zu Ross» bewundern.

Bernhard von Arx, «Konfrontation. Die Wahrheit über die Bourbaki-Legende», «NZZ»-Verlag 2010, gebunden, 240 Seiten, zahlreiche zeitgenössische Fotos, ISBN 978-3-03823-618-4.

Zum Nachdenken!

Fortsetzung von Seite 4

Für Sie gelesen: Im Jahre 2007 stammten 93 Prozent aller weltweit gehandelten Opiate aus Afghanistan. Der von den USA eingesetzte Präsident Hamid Karzai – ein Paschtune – gilt heute als Opium «Pate» von Afghanistan. Und die USA mit ihren 50 000 Soldaten im unglücklichen Land weigern sich, gegen den Opium Anbau vorzugehen. Unter der Talibanherrschaft vor 10 Jahren war dieser fast vollständig verschwunden.

Und das gedacht: Tatsache ist, dass der Heroinhandel in Russland zu einer tragischen Entwicklung geführt hat. Russland beklagt jährlich Zehntausende von Drogentoten. Dort ist der grösste Absatzmarkt mit schweren gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten entstanden. – Ist der Verdacht, dies liege im Interesse und der Absicht der USA wohl so falsch?

Für Sie gelesen: Des einen Leid, des andern Freud! Der Absturz der Tu-154 am 10. April bei Smolensk hat nicht nur dem polnischen

Staatspräsidenten Kaczynski und vielen hochrangigen Mitarbeitern das Leben gekostet. Dies hat auch den Russen eine späte Rache gegenüber den USA ermöglicht. Geheime NATO-Codes, das Satellitentelefon des Präsidenten und weitere hochgeheime Unterlagen sind jetzt in den Händen der russischen Geheimdienste, die damit die NATO-Kommunikation zumindest der letzten Monate auswerten können.

Und das gedacht: Am 11. April 1968 versank nahe Hawaii ein sowjetisches U-Boot im Pazifik und blieb in 5000 m Tiefe liegen. In einer kostspieligen Geheimaktion (Code-Wort Jennifer) setzte sich die US-Regierung über alle Seerechts-Regeln hinweg und barg das U-Boot und mit ihm nicht wenige russische Waffen-Geheimnisse. Der Initiator des Deals war der damalige Sicherheitsberater von Präsident Lyndon B. Johnson. Sein Name: Friedensnobelpreis-Träger Henry Kissinger!

«Hony soit qui mal y pense!»

Tino Giacomo

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörgeleli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf

www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

ZU VERKAUFEN:

4½-Zimmer Hausteil jetzt zu verkaufen im Bezirk Affoltern (ZH). Zu diesem gemütlichen Haus gehören ein grosser Schopf mit Garage und Waschräum mit V-Zug-Maschinen. Im kleinen Schopf sind Werkzeuge für den grossen Garten mit etlichen Obstbäumchen und Beerensträuchern. **Ideal für SD-Eltern mit 2 bis 3 Kindern.** Auskunft, wo das Haus genau steht, erhalten Sie über die obenstehende SD-Marktplatz-Adresse; dies auch telefonisch oder per E-Mail möglich.

Bio-Knospen Olivenöl und Schweizer Essig von Waldkirch SG, Region Ostschweiz, Telefon 071 244 72 76 oder thomas-fischer@bluewin.ch

ZU MIETEN GESUCHT:

Schweizerin sucht 2 – 3 Zimmer-Wohnung in Zürich und Umgebung. Auch ein Hausteil kommt in Frage. Vermieter melden sich bitte telefonisch oder per E-Mail bei obenstehender SD-Marktplatz-Adresse. Besten Dank!

GESUCHT:

Wer sucht, verkauft oder tauscht Mondo-, Bea- oder Silva-Punkte? Ihre Kleinanzeige hier bringt Sie dem Ziel näher!

Supercard-Punkte zu verkaufen? Eine Kleinanzeige macht's möglich!

Gesucht – günstig oder gratis: **Fotos, Ansichtskarten, Prospekte**, mit Abbildungen von Menschen, Objekten, Gebäuden, Landschaften usw. für den Abdruck im «Schweizer Demokrat» (Bebildung von Artikeln). Kontaktadresse: SD-Sekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern. **Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11**
schweizer-demokraten@bluewin.ch

STELLENANGEBOT:

In der Region Bern und Basel suchen wir **Verstärkung im Aussen-dienst** für den Verkauf von täglich benötigten Verbrauchsartikeln im Gewerbe und in der Industrie. Auch Teilzeit möglich. **Angebote an Postfach 6456, 8050 Zürich**

ZU VERSCHENKEN:

Einweg- und Mehrweg-SBB/EURO-Holzpaletten. Abzuholen in Volketswil/ZH. **Telefon 044 946 00 51**

DIENSTLEISTUNGEN:

Steuererklärung 2009. Kompetenter Fachmann füllt Ihre Steuererklärung bei Ihnen zu Hause (Bern und Umgebung) aus und gibt Ihnen entscheidende Steuertipps. Ab Fr. 40.–.

Telefon 031 941 06 73 oder E-Mail: j.p.schwab@bluewin.ch

REISEN/WANDERN/FREIZEIT:

Panoramacamping Surcuolm-Obersaxen. Sonnige Lage, freie So- und Winterplätze. **Tel. 081 933 32 23**
www.camping-surcuolm.ch

ALLERLEI – NUOVO:

I Democratici Svizzeri sbarcano in Ticino. Riccardo Valsangiacomo, cp 292, 6834 Morbio Inferiore, ric.valsa@sunrise.ch, **Telefono 076 595 21 53**

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

WO MAN SICH TRIFFT:

Am Sonntag, 25. Juli 2010 findet der 117. Brünig-Schwinget statt.

Interessanter und hochstehender Schwingsport, Beiträge einheimischer Volklore sowie die gute Kameradschaft werden sicherlich zum Gelingen dieses Anlasses mit nationaler Ausstrahlung beitragen.

Programm/Kurzfassung:

8.00 Beginn des Anschwingens
9.30 Jodlerischer Sonntagsgruss
11.30 wird der beliebte Spatz im Festzelt serviert
13.15 Ausschwingen
17.00 Schlussgang

Wichtige Hinweise:

Infolge **fehlender Parkplätze** auf der **Brünig-Passhöhe** stehen auf der Bernerseite in Unterbach Parkplätze **gratis** zur Verfügung. Ab dort ist der Postautoverkehr von 6.00 Uhr bis 8.00 Uhr und ab dem Schlussgang bis 19.30 Uhr gewährleistet.

In Obwalden gibt es bei den Bahnhöfen in Giswil und Lungern ebenfalls Parkgelegenheiten.

Anreise mit dem Zug! Von Luzern her mit der SBB bis zur Haltestelle «Brünig» oder von Interlaken/Meiringen her bis zur Haltestelle «Brünig». **Weitere Infos:** Es werden wie immer etwa 6000 Besucher erwartet. Die Sitzplätze werden «dünn gesät sein»!

www.brueinigschwinget.ch

Neuerscheinung!

Das bisher erste und einzige Buch zum Thema «**Beziehungen Schweiz – DDR 1960–90**» ist erhältlich. Es beruht auf eingehenden Recherchen in 14 Archiven und Nachlässen in Deutschland und der Schweiz – bisher unbekannt **brisante Akten** sind dabei aufgetaucht!

Der Verfasser Erwin Bischof (*1940), Dr. phil., ist Historiker, war Schweizer Diplomat und Unternehmensberater. Er will zwanzig Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer eine kritische Diskussion der schweizerischen Beziehungen mit dem Unrechtsstaat DDR anstossen. Dies auf den drei Ebenen **Staat-Politik:** Helmut Hubacher (auf Bild links!), Peter



Vollmer; **Vereine und Kirchen:** Karl Barth sowie **Private** wie bekannte **Intellektuelle:** Frisch, Dürrenmatt, Muschg, Farner, Klara Obermüller. Dazu gehört die Aufarbeitung der Kumpanei abgehobener Geistesgrößen und linker Politiker der Schweiz mit den Kommunisten nach dem Motto: «**Brüder, in eins nun die Hände!**» Wer hat wen verraten, wer war Opfer der Stasi? Das Personenregister umfasst insgesamt 400 Namen, darunter viele bekannte Schweizerinnen und Schweizer! **Zielgruppe:** **Politiker** und solche, die sich für den **Kalten Krieg** und die Bedrohung der Schweiz durch den Kommunismus interessieren und nun endlich 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus im Osten die Wahrheit über die Hintergründe und die handelnden Perso-

nen erfahren möchten. – Auf der Homepage www.interforum-events.ch erfahren Sie mehr über das Buch: Inhaltsverzeichnis, Fotos, Buchbesprechungen und zahlreiche Stellungnahmen prominenter Schweizer.

Bestellung bei: **interforum** www.interforum-events.ch per Mail oder per Post: Bitte senden Sie mir mit Rechnung: ... Exemplare **Erwin Bischof, «Honeckers Handschlag», Bern 2010**, Fr. 54.– / 36 Euro + Versand, 334 Seiten, zahlreiche s/w Fotos und Dokumente, Format 15 x 21 cm, gebunden, Schutzumschlag.

Buchstellung mit Name, Adresse, evtl. E-Mail-Adresse, Datum, Unterschrift senden an: interforum, Postfach 85, 3000 Bern 22

Aufhebung des Datierungszwanges!

Es ist nach allen logischen Überlegungen NICHT nachvollziehbar, weshalb es bei den SBB zwar UNdatierte 6-Fahrten-Streckenabonnemente (immer gleiche Strecke) sowie UNdatierte Tageskarten, welche vor Antritt der Fahrt an den orangen Automaten in den Bahnhöfen entwertet werden müssen, gibt, nicht aber UNdatierte Einzelstreckenbillette.

Der Schreibende unternimmt auch Bahnfahrten mit seinem Velo und ärgert sich zusammen mit vielen anderen Bahnkunden darüber, dass man NICHT freizügig und spontan umdisponieren kann – wegen schlechten Wetters, oder aus anderen Gründen. Dies weil man das Billett nur mit einem bestimmten Datum kaufen kann. Das lange Anstehen am Bahnschalter, nur weil man eine Änderung des Reisedatums tätigen möchte, ist NICHT kundenfreundlich und vor allem auch nicht mehr zeitgemäss.

Unverständliche Einschränkung der SBB gegen die eigene Kundenfreiheit!

Datierungsänderungen von SBB-Billetten oder Rückerstattungen sind überdies nur möglich, wenn man mindestens einen Tag vor dem betreffenden Reisedatum am Schalter ansteht und noch zusätzlich zum Fahrpreis 5 Franken Bearbeitungsgebühr bezahlt und selbst dann muss man erneut ein Reisedatum angeben und ist wieder auf ein bestimmtes Datum festgelegt.

Die SBB ist ein gutes Stück mitverantwortlich für lange Warteschlangen an ihren Schaltern. Wäre das System nicht dermassen unflexibel, würden die Kunden ihr Billett

frei zu einem späteren Zeitpunkt benützen...

Ein Blick über die Grenze nach Frankreich zeigt Erstaunliches: Dort sind Einzelstreckenbillette auch für Kurzstrecken ab Kaufdatum immerhin während zwei Monaten gültig. Wichtige Pflicht des Bahnkunden: Er/Sie muss den Fahrschein **vor Antritt der Fahrt** am Automaten **kompostieren**, bzw. **entwerten**.

Wenn ich zum Beispiel in Zürich an einem bestimmten Datum eine Sitzung oder eine Veranstaltung habe und mir mein Ticket ab Basel bereits einige Tage zum Voraus auf das betreffende Datum vordatiert kaufe und am Vorabend erhalte ich plötzlich ein Telefon oder ein Mail, dass die Sitzung wegen diverser Abwesenheiten sistiert worden ist, so sitze ich, auf gut Deutsch, mit meinem bezahlten Retourbillett am Hals ratlos da. Entweder ich mache dann, gezwungenermassen die Hin- und Rückfahrt Basel-Zürich trotzdem, oder das Billett verfällt ganz einfach, weil es datiert ist...

Nicht alle Bahnkunden haben eine Kreditkarte und können ihr Billett per Handy oder Internetbanking kaufen; aber auch bei diesen Kaufvarianten muss immer zwingend ein Reisedatum angegeben werden und man ist unfrei!

Im Hinblick auf inskünftige jährliche Billettpreiserhöhungen von ca. 4 Prozent, ist der SBB dringend zu mehr Nähe zum Kunden zu raten.

Wichtiger Handlungsbedarf: **Aufhebung des Datierungszwanges auch für Einzelstreckenfahrscheine!**

Marcus Stoercklé jun., Basel

te einleitet, werden Anleger verschwinden und die Banken in den erwähnten Staaten werden die «Hände reiben».

Eines ist ganz klar, wenn Kapital – ganz egal welcher Art es ist – abgezogen wird, werden alle Hypozinsen für Wohnungen, Betriebe und natürlich auch die Kapitalzinsen für Unternehmen massiv steigen. Die SD Thurgau rechnen mit einer Verdoppelung der heutigen Zinssätze. Das heisst, unser Land und unsere Produkte werden noch teurer. Viele Auslagerungen werden nicht mehr zu umgehen sein. Dem «kleinen Mann», den Familien, den Familienbetrieben und den KMUs wird es ganz sicher schlechter gehen!

Weissgeldstrategie, Bankgeheimnis auflösen, mehr Transparenz heisst auf gut Deutsch, weniger Vertrauen, mehr Bürokratie, Dik-

tat und natürlich höhere Kosten für den Anleger. Die Banken müssen Polizei- und Ermittlerfunktionen übernehmen und genau das ist sicher nicht ihre Funktion. Und auch da wieder müsste weltweit und für alle das Gleiche gelten! Man stelle sich eine Neueröffnung eines Kontos vor. Der Kunde bringt 50 000 Franken – das wäre sicher überprüfbar. Wie aber steht es mit täglichen Transaktionen von Tausenden von Franken? Werden die Banker Polizeifunktionen erhalten und wie steht es schliesslich mit dem Datenschutz? Es ist offensichtlich, der Begriff «sauberer Finanzplatz Schweiz» tönt wirklich gut, aber die Reden vieler Volksvertreter sind für die SD Thurgau zumeist verantwortungslos und total einäugig! Das schadet mehr, als es dem Lande nützt!

SD Thurgau, Kant. Parteileitung



Kanton Aargau

Quorum im Grossratswahlgesetz

Wie viele Antidemokraten erträgt der Kanton Aargau?

Die kleinen Parteien sind das Salz in der Suppe!

Am 24. Februar 2008 hat das Aargauer Stimmvolk dem Grossratswahlgesetz «Doppelter Pukelsheim» (ohne Quorum) mit 88 678 Ja gegen 27 743 Nein deutlich zugestimmt. Das vom Aargauer Souverän angenommene Wahlsystem entspricht übrigens den Vorgaben des Bundesgerichtes. Zwei Jahre später soll nun dieses wirklich gerechte Wahlgesetz bereits wieder abgeändert werden. Der Aargauer Grosse Rat hat an seiner letzten Sitzung mit 68 zu 61 Stimmen einer Motion der FDP-Fraktion zugestimmt, wonach eine Partei oder Gruppierung **in mindestens einem Bezirk fünf Prozent der Stimmen erreichen muss**, damit sie in den Grossen Rat einziehen kann. Mit dieser vorgesehenen Wahlhürde soll bloss die Dominanz der grossen bürgerlichen Parteien gesichert werden.

Mit dem heute geltenden Wahlsystem erhalten regional verankerte Parteien eine Chance, am politischen Geschehen aktiv teilzunehmen und sich einzubringen. Es ist auf jeden Fall auch eine Chance für Jung- und Kleinparteien, auf kantonaler Ebene mitgestalten zu können. Das und nur das ist aus Sicht der SD Aargau gelebte Demokratie. Mit dem Wahlgesetz «Doppelter Pukelsheim» werden die

politischen Kräfteverhältnisse gesamtkantonal genau abgebildet. Die Bürgerinnen und Bürger haben somit die Chance, dass im Grossen Rat auch ihre Stimme gehört wird. Die Einführung eines Quorums ist nach Meinung der SD Aargau undemokratisch und einer freiheitlichen Rechtsordnung unwürdig.

Die Vorwürfe der FDP, die kleinen Parteien würden die Prozesse oder die Effizienz des Rates behindern, weisen die SD Aargau kategorisch zurück. Wie ist es denn zu erklären, dass bereits im Juni 2010 – mangels Geschäften – erneut Grossratssitzungen ausfallen werden? Richtig ist, dass die SD-Vertreter im Grossen Rat fleissig sind. Mit ihren Vorstössen lösen die SD-Grossräte ihre Wahlversprechen – im Gegensatz zu Politikern anderer Parteien – ein.

Die SD-Vertreter sind nicht in den Grossen Rat gewählt worden, um nur den roten oder grünen Knopf zu drücken und Grossrats-Diäten einzukassieren! Die SD-Vertreter lassen sich von der dieser Motion knapp zustimmenden bürgerlichen Mehrheit in ihrem Handeln weiterhin nicht einengen!

René Kunz,

SD-Kantonalpräsident, Grossrat



Kanton Thurgau

Weissgeld, Bankgeheimnis und Abzocker...

FDP, SP, CVP, viele Volksvertreter und Medien reden von Begriffen, die für unser Land tragische Auswirkungen haben! Der Boni- und Abzockersumpf ist weltweit. Ebenso gibt es Schwarzgeldbanken in Deutschland, England, USA und anderen EU-Staaten. Von USA, ganz Amerika, Arabien und Asien gar nicht zu reden! Wer wirklich

Schritte gegen diese Missstände tun will, muss diese weltweit vereinheitlichen, koordinieren und rechtlich absichern. Es muss die Frage gestellt werden, braucht es dazu die «Eine-Welt-Regierung»? Und wie sieht das ganze militärisch und nationalstaatlich aus – explizit für die kleine Schweiz? Sobald die Schweiz gewisse rechtliche Schritt-



Kanton Baselland



Baselbieter Landrat:

Rasenmähen am 1. August erlaubt!

Der Landrat hat beschlossen, dass man am 1. August und am 1. Mai beispielsweise Rasenmähen, Gartenarbeiten, Waldarbeiten und andere Verrichtungen erledigen darf. Dies hat mich bereits vor der Landrats-sitzung als Mit-Urheber der **1.-August-Initiative** und als Urheber des heute in der neuen Bundesverfassung stehenden Textes veranlasst, allen Landratsmitgliedern zu schreiben.

Der 1. August ist in der Bundesverfassung wie folgt umschrieben: Art. 110 Arbeit: «Der 1. August ist Bundesfeiertag. Er ist arbeitsrechtlich den Sonntagen gleichgestellt und bezahlt.»

Das bedeutet, dass er zu den wenigen Tagen gehört, die übergeord-

net eidgenössisch geregelt sind. Das Bundes-Verfassungsrecht steht bekanntlich über dem kantonalen Recht. Der 1. August ist damit ein den Sonntagen gleichgestellter Tag – auch in Baselland! Da ist es schlicht unmöglich, diese Bestimmung im kantonalen Recht abzuschwächen, indem – um mit den Worten, die in der Landratsdebatte gefallen sind, zu schreiben – dieser Tag praktisch herabgestuft wird zu einem Tag, wo man beispielsweise auch Gartenarbeiten und sonstige Arbeiten verrichten kann. **Diese Festlegung dürfte einer rechtlichen Überprüfung kaum standhalten.** Es ist klar, mir geht es dabei nur um den sonntäglichen Charakter, den dieser 1. Au-

gust, unser Bundesfeiertag, hat. Dies muss unbedingt beibehalten werden. Dass es aus andern Gründen an diesem Tag auch laut zu und hergeht, steht hier nicht zur Debatte.

Erinnert sei auch daran, dass unser Nationalfeiertag mittels einer Eidgenössischen Volksabstimmung zum schweizweiten Feiertag erklärt wurde. **Am 26. September 1993 stimmten 83,3% (höchster je von einer Initiative erreichter Ja-Stimmenanteil) für die entsprechende Volksinitiative von uns Schweizer Demokraten.** Sowohl zur Volksinitiative, als auch zur noch verbesserten heutigen Version in der neuen Bundesverfassung – die ich in der Bundesverfassungskommission durchgebracht habe – gibt es zusätzlich Materialien, die den besonderen Status und Stellenwert dieses Tages untermauern. Ich verzichte an dieser Stelle darauf, dies alles auszubreiten.

Zudem erlaube ich mir die grundsätzliche Feststellung, dass Feiertage dazu geschaffen wurden, um – im weitesten Sinne formuliert –

auszuruhen, nicht aber zum Arbeiten. Wenn es Leute gibt, die an diesen Feiertagen arbeiten möchten, dann sei hier die Frage gestellt, wieso dann diese Feiertage nicht gleich abgeschafft werden... Es hat noch keiner Gesellschaft geschadet, dass sie einige Feiertage hat, an denen es beschaulicher zu und her geht als an den Werktagen, seien das nun religiöse oder weltliche Feiertage. Man denke immer daran, es ist in diesem Zusammenhang die Rede von **FEIERTAGEN** und nicht von **ARBEITSTAGEN!** Wenn man das so sieht, müsste man wohl von sich aus darauf kommen, dass der 1. August höchstens ein Gartengrill-Tag, aber kein Gartenarbeits-Tag ist. Der Landrat hat nun aber so beschlossen. Das konnte auch unser SD-Landrat John Stämpfli nicht verhindern.

Wird es irgendwann einmal ein gerichtliches Nachspiel dazu geben? Es wäre reizvoll, mal auszuloten, was das Gericht dazu sagt!

Rudolf Keller, SD, e. Nationalrat / e. Landrat, Frenkendorf

Viele Einbürgerungen widersprechen klar der CH-Verfassung!

Religionszugehörigkeit und Doppel-Bürgerrechte seien bei Einbürgerungen unwichtig! So belehren Medien und Volksvertreter. Doch das ist falsch! Nur die Verfassung ist massgebend. Nur sie alleine zählt, sie ist «der Wille des Volkes»! Gesetze müssten diesen Willen vollziehen! Da liegen Einbürgerungsschwachstellen zuhauf vor! Weil viele davon profitieren und dicke Geschäfte machen, wird alles schön geredet. Da aber ist dringender Handlungsbedarf – unseren Kindern und Enkeln zuliebe!

Bundesverfassung § 8:

- 1 **Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich.**
- 2 **Niemand darf diskriminiert werden...**
- 3 **Mann und Frau sind gleichberechtigt...**

Über 90 Prozent der Einbürgerungskandidaten wollen Doppelbürger mit «Figgi und Mühle» werden. Doppelbürger sind 1.-Klass-Bürger; Normalbürger aber sind die Dummen – Bundesverfassung § 8 wird so «amtlich» missachtet!

Doppelbürger sind vollwertige, stimmberechtigte Bürger in zwei verschiedenen Staaten; sie haben

«Figgi und Mühle», also mehr Rechte – als jeder (dumme) Normalbürger!

Doppelbürger können in zwei Staaten Liegenschaften kaufen, Firmen gründen und Geschäfte, aber auch Import-Export betreiben. Davon können Normalbürger nur träumen!

Doppelbürger geniessen meist soziale Einrichtungen und Möglichkeiten von zwei Staaten.

Doppelbürger leisten oft dort ihre Rekrutenschule, wo es ihnen mehr bringt. Bei der Rekrutierung in der Schweiz lassen sie sich ausmustern und leisten z.B. Militär in der Türkei...

Doppelbürger können im Kriegs-falle (bei Mobilisierung) legal in ihre zweite Heimat ausreisen, Normalbürger müssen «an die Front»! Ist der Blutzoll der Normalbürger vorbei, können Doppelbürger wieder als vollwertige Bürger einreisen, «voll einsteigen» und sich in Ämter wählen lassen (*dabei galt solches Tun dereinst als Landesverrat*).

Doppelbürger, die hier kriminell werden, können in ihre zweite Heimat fliehen und werden kaum ausgeliefert.

Der Sohn (Doppelbürger) von Gecaj (dem Lehrermörder von St. Gallen) konnte im Kosovo-TV (Empfang via Satellit in jeder kosovarischen Stube weltweit!) zum



Ehrenmord an seiner Schwester aufrufen! Sein Vater war gemäss Kennern nur pro forma im kosovarischen Strafvollzug...

Gemäss Bundesamt für Migration werden über 90 Prozent der Eingebürgerten Doppelbürger. Wäre dies nicht möglich, würden die meisten gar kein Einbürgerungsgesuch stellen. Wo aber bleibt unsere Verfassung, § 8, wenn wir ganz bewusst eine 2-Klassen-Schweiz als Zukunft für unsere Kinder einrichten?

Schweizweit werden Kleinkinder gedankenlos zu Doppelbürgern gemacht – wozu denn? Das ist bitteres Unrecht gegenüber unseren Kindern, eine Ungeheuerlichkeit und staatspolitische Dummheit... Bei einer Mobilisierung unserer Armee können alle Doppelbürger

kneifen und legal in ihre 2. Heimat verreisen. Es gibt immer mehr Nutzniesser und Drückeberger. Bei der Rekrutierung sind heute rund 50 Prozent nicht mehr tauglich – zumeist Doppelbürger, also Schweizer mit Migrationshintergrund! Heisst aber Integration nicht Staatsbürger sein und nicht nur Nutzniesser auf Kosten der Anderen (Normalbürger)?

PS: Die freie Partnerwahl ist ein Menschenrecht. Das Bürgerrecht aber ist ein Geschenk für wirklich Integrierte im Dorf- und Vereinsleben; einen Anspruch gibt es nicht! Die Einbürgerung von noch mehr Doppelbürgern dürfen wir nicht erlauben. Machen wir endlich Schluss damit!

*www.sd-tg.ch,
Willy Schmidhauser, Dettighofen*

Wohin steuert die SVP?



Markus Borner,
e. Grossrat,
SD-Zentral-
Vizepräsident,
Basel

Wie heisst doch das bekannte Sprichwort: «Der Krug geht zum Brunnen – bis er bricht!» In den Jahren des grossen Parteiaufschwungs – in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts (und doch ist es nicht so lange her!) – war das Markenzeichen der SVP deren Gradlinigkeit und konsequente Haltung. Und heute? Das pure Gegenteil ist festzustellen! Nachfolgende Beispiele – es gibt deren noch viele mehr – beweisen dies eindeutig.

Wie verlogen kann eine Partei werden? Und doch gibt es sie noch, die wenigen Ausnahmen (Persönlichkeiten mit eigener Meinung!) in der SVP. Doch diese Patrioten im Nationalrat lassen sich fast an den Fingern einer Hand abzählen!

UBS-Abkommen mit den USA

«Die SVP-Fraktion hat heute mit einer grossmehrheitlichen Enthaltung dem UBS-Abkommen mit den USA im Nationalrat zum Durchbruch verholfen. Dies wurde möglich, nachdem die von der SVP gestellten Bedingungen weitgehend erfüllt wurden. Dank der SVP hält der Nationalrat zudem an der Referendumsmöglichkeit fest.»

Diese und weitere Aussagen zum UBS-Abkommen konnte man auf der SVP-Homepage (www.svp.ch) entnehmen (vermutlich immer noch!). Die Mitglieder der SVP im Nationalrat wurden doch von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt, damit sich diese im Parlament bei politischen Sachgeschäften für ein Ja oder Nein einsetzen werden. Die SVP-Parlamentarier hätten es im Nationalrat mit ihrer Stimmkraft als Fraktion 100-prozentig in der Hand gehabt, bei der Abstimmung das UBS-Abkommen bachab zu schicken! Mit der Stimmenthaltung der grossen Mehrheit der SVP-Fraktion hat man den Befürwortern (die Mitteparteien FDP, CVP, GLP und Bundesrat!) zum Sieg verholfen. Die politische Linke (SP und Grüne) hat im Rat in dieser Sache immer Nein gesagt und auch immer Nein gestimmt! Die Linke hat zumindest nicht laviert! An dieser Stelle

muss nun nicht diskutiert werden, ob der Inhalt des UBS-Abkommens richtig oder falsch ist. Es geht vielmehr darum, wie im Parlament «gearbeitet» wird. Und da hat die Mehrheit der SVP-Leute kläglich versagt! Vor Jahren, als der Schreibende einmal vor einem Abstimmungslokal in einer Aargauer Gemeinde Unterschriften für eine Volksinitiative sammelte, erklärte eine angesprochene Frau/Bürgerin: «Ich muss zuerst meinen Mann fragen!» Bei der SVP war es beim UBS-Abkommen dasselbe, indem in Herrliberg nachgefragt werden musste, ob nun heute das Ja oder Nein zu gelten habe; letztlich aber mit der Stimmenthaltung das rettende «Ufer» (Wohlwollen der Wirtschaft!) erreicht wurde. Pfui!

Referendumsmöglichkeit auch ausgehebelt!

Der Baselbieter Caspar Baader, Fraktionschef der grössten Partei im Nationalrat, posaunte über Berg und Tal, dass dank der SVP der Nationalrat an der Referendumsmöglichkeit festhielte. Denkste! Auch in dieser Frage betrieb die SVP letztlich Wortbruch und fiel wie ein geschossener Bock um! Die meisten SVP-Nationalräte sind ganz einfach Plauderis, mehr nicht! Das Schlimmste an dieser Blösse der SVP-Fraktion ist, dass die meisten Parlamentarier hirnlos den Parteioberen nachlaufen, als ob es keine gescheiterten Lösungsansätze geben würde! Wenn der reale vierbeinige Geissbock «Zottel», der damalige Glückbringer der SVP im Wahljahr 2007, mehr von Politik verstehen würde – als gewisse Leute vorgeben – dann würde er seinen Teilzeit-Job bei der SVP spätestens jetzt erzürnt aufgeben!

SVP-Bocksprünge en masse!

Da gibt es einen SVP-Nationalrat Dominique Baettig aus dem Jura, welcher mit einer eingereichten Motion (mit über 20 Mitunterzeichnern aus der SVP-Fraktion!) in Bern verlangt, dass geprüft werden soll, ob das Elsass, Vorarlberg, das Südtirol, das Aosta-Tal und italienische Gebiete rund um den südlichen Teil des Tessins sowie savoyische Gebiete in Frankreich, die Möglichkeit bekommen sollten, sich der Schweiz anzuschliessen.

Zur Erhellung eines solch seltsamen, völlig quer in der politischen Landschaft stehenden Vorschlags, möchte der hier Schreibende anmerken: «veramente tempi passati!»: Das österreichische Bundes-



land Vorarlberg wollte sich kurz nach dem 1. Weltkrieg tatsächlich aus eigenem Antrieb der Schweiz anschliessen. Der damalige Bundesrat (unentschlossen wie heute noch!) bewegte sich in dieser Angelegenheit nicht so richtig – oder anders gesagt, gar nicht. Sonst wäre es anders gekommen und es gäbe heute einen weiteren eidgenössischen Kanton östlich des Fürstentums Liechtenstein. Das heute italienische Veltlin und das Territorium um Chiavenna hatten im vorletzten Jahrhundert auch mal zusammen einen eigenständigen eidgenössischen Kanton bilden – oder sich zumindest dem Bündnerland anschliessen wollen. Die «Schweizer» Delegation am Wiener Kongress hat aber 1815 infolge Unfähigkeit alles vermasselt. Das elsässische Mülhausen und das Städtchen Rottweil (von da stammen die bekannten Hunde gleichen Namens!) im Schwarzwald, waren zur Zeit der alten Eidgenossenschaft auch mit den «Schweizern» verbündet. Doch letztlich wurden diese Verbindungen nicht mehr weiterentwickelt und es kam so, wie es die heutigen Landesgrenzen aufzeigen. Nun, wie dem auch sei; es gab mal einen bekannten Inner-schweizer Eidgenossen und Eremiten namens Bruder Klaus, der dazumal sinngemäss der eidgenössischen Tagsatzung empfahl: «Macht die Grenzen nicht zu weit...» Und als Ergänzung: SVP-Nationalrat Baettig arbeitet als Psychiater. Womöglich braucht dieser aber selbst einen Seelendoktor!

War SVP-Nationalrat Bugnon betrunken?

Der ehemalige Nationalratspräsident aus der Waadt, André Bugnon, ist eines von vier SVP-Mitgliedern in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg. Diese Versammlung verlangte vor Kurzem in einer Abstimmung die Aufhebung des Minarettverbots in der Schweiz. Und vermutlich, damit der SVP-Vertreter dort nicht bei der Mehr-

heit in Ungnade fallen wollte, unterstützte dieser den Antrag ebenfalls, obwohl Bugnon Monate zuvor für die Minarettverbots-Initiative eingetreten war. Da muss man sich schon fragen, was für eine Rolle dieser SVP-Vertreter im «Europarat-Parlament» spielt? Erinnern wir uns an den seinerzeitigen Berner Bauern und SVP-Nationalrat Hermann Weyeneth. Dieser stimmte im Nationalrat auch mal komplett falsch. Als man ihn zur Rede stellte, erklärte dieser (politisch hatte er im Vergleich zu heutigen Vertretern dieser Partei keine Tomaten vor den Augen!), dass er beim Abstimmungsprozedere nicht mehr draus gekommen sei, da ihn ein starkes Ohrensauen geplagt hätte... Diese Antwort war wenigstens noch halb glaubwürdig! Reden wir nun nicht schlecht über alt-Nationalräte. Die heute Gewählten sind meist die Schlimmeren!

Luxusspur auf Autobahnen?

Da gibt es einen Obwaldner SVP-Nationalrat (an dem hätte Bruder Klaus sein helle «Freude» gehabt!) mit dem stolzen Namen Christoph von Rotz, der mit einem Vorstoss (den übrigens auch mehr als 20 SVP-Nationalräte mitunterzeichnet haben!) in Bern verlangt, dass künftig auf dreispurigen Autobahnen die dritte Spur für jene Autofahrer reserviert sein soll, welche im Besitze einer teuren Spezialvignette sind. Damit könnten bestimmte Autofahrer schneller ans Ziel gelangen, da man so nicht in allfälligen Staus stecken bleibt. Wie «gerecht» eine solche Verkehrspolitik ist, muss Herr von Rotz noch allen Interessierten erklären. Jetzt wissen wir aber, weshalb sich der SVP-Nationalrat und «Verkehrsexperte» Ulrich Giezendanner schon vor Jahren für eine dritte Fahrspur auf Teilen der Autobahn zwischen Bern und Zürich ausgesprochen hat! Das grosse Verkehrsaufkommen auf Schweizer Strassen liesse sich auch durch andere, ökologischere Massnahmen reduzieren. Wie wäre es, wenn die hohe Bevölkerungsdichte in der Schweiz abgebaut würde? Dann bräuchten wir nicht noch mehr Strassen und schon gar nicht birnenweiche, teure Spezialautobahnvignetten für bessergestellte «Mitbürger»!

Den SVP-Volkvertretern empfehlen wir, doch aufs Velo umzusteigen, dann ist man wieder näher beim Volk und hat (fast) immer Vorfahrt auf Feld- und Flurwegen!

Lügen haben kurze Beine – die Lügner aber oft einen langen Atem!

Als Beobachter des politischen Geschehens kann man sich entsetzen, wie viel und unverschämt gelogen wird. Sicher kann man in Abstimmungskämpfen gemachte Behauptungen und Vermutungen als reine Annahmen – die als Tatsachen verkauft werden – entschuldigen, da diese in aller Regel zumindest teilweise einen klar spekulativen Charakter haben. Wenn der Bürger diese trotzdem für bare Münze nimmt – ohne selbst zu überlegen – ist er ein Stück weit selber schuld, wenn er sich nachher als betrogen vorfindet. Allzu oft aber wurden in den letzten Jahren die Stimmbürger derart unverschämt – oft von höchster Stelle – belogen, dass man sich über die bescheidenen Stimmbeteiligungen in unserer Demokratie nicht mehr zu wundern braucht. Einige Beispiele:

– Bei **allen Überfremdungsiniciativen** der 70er Jahre versprach der Bundesrat hoch und heilig, dafür sorgen zu wollen, dass die Bevölkerungszunahme durch Einwanderung gestoppt werde. Das müsse über Gesetze und Verordnungen geschehen – die Verfassungsinitiative sei dazu der falsche Weg und ausserdem mit dem Ruch der Fremdenfeindlichkeit behaftet.

Heute wissen wir, dass alle Beteuerungen reine Zwecklügen waren; die oberste Landesbehörde dachte offenbar nie ernsthaft daran, das Bevölkerungswachstum – diesen «Motor des Wirtschaftswachstums» – zu bremsen. Wie sonst hätte er es fertig gebracht, die Schweiz soweit in die EU zu integrieren, dass die freie Einwanderung aus dem EU-Raum zum Schicksal geworden ist. Und ganz unverhüllt wird das überlastete Land von den Wachstumsfanatikern als **Einwanderungsland** bezeichnet.

– **Der Schengen-Vertrag** wurde vom Bundesrat und den interessierten Politikern zu einem epochalen Fortschritt hochgejubelt. – Das Bankkunden-Geheimnis werde auf Dauer gesichert sein und die Sicherheit im Landesinnern werde markant verbessert, solches wurde versprochen und die Gegner der Vorlage als Ewiggestrige verhöhnt. – Heute ist das Bankkunden-Geheimnis für ausländische Kunden de facto Geschichte und für uns Inländer ist es zumindest klug, sich nicht längerfristig darauf zu verlassen. – Laufend müssen – mit entsprechenden Kostenfolgen – Sicherheitslücken geschlossen werden, die es ohne den Schengen-Vertrag nicht gegeben hätte. – Im Falle Libyen/Gaddafi hat sich gezeigt, dass uns die Vertragspartner (EU-Länder)

prompt im Stich liessen, als ihre wirtschaftlichen Interessen tangiert wurden. – Die Kosten für die Folgen des Schengen/Dublin Vertrages wurden dem Schweizer Souverän mit jährlich 7,4 Mio. Franken angegeben. Jetzt ist bereits klar, dass sich die jährlichen Betriebskosten auf über 35 Mio. Franken belaufen. Dazu kommen die über 150 Mio. Franken Kosten für die Anpassung an das Schengener Informatik-Projekt. – Wer täglich die Zeitung liest, mag sich wundern, wo denn die erhöhte Sicherheit in unserem Lande geblieben sei?

– **Wer erinnert sich nicht, mit welchen Versprechungen die damalige Bundesrätin Dreyfuss die Vorlage zum Krankenkassen-Obligatorium durchgeboxt hat.** Damit würden die Krankenkassen-Prämien stabilisiert – so versprach sie und die Schweiz würde ein Stück sozialer werden. – Heute zahlen alle, die es noch vermögen – markant höhere Prämien, der Steuerzahler wird für die Prämienverbilligungen der sozial Schwächeren zur Kasse gebeten und reihum werden kleinere Spitäler geschlossen. Offenbar ging es Frau Dreyfuss keineswegs um die Prämienstabilisierung, als vielmehr um die Weiterentwicklung des sozialistischen Wohlfahrtsstaates. Dabei wurden die vielfältigen Ursachen der steigenden Krankheitskosten tunlichst ausgeblendet.



*Nur eine Marionette der USA?
Irans Präsident Ahmadinedschad.*

International sind die Lügen noch dramatischer!

Wir sind zur Zeit Zeugen, wie der Euro zu Weichwährung wird. Dies vor allem wegen der Betrügereien mehrerer Länder zur Umgehung des Vertrages von Maastricht beim Eintritt in die Eurozone; dann wegen der immer grösser werdenden, jährlichen Haushaltsdefizite; der sinnlosen Kriegsabenteuer im Dienste der USA; den Spekulationen der Investment Banken mit dem Verlust von Hunderten von Milliarden Dollar; der Abzockerei der Manager-Kaste und schliesslich dem völligen



Laufend müssen Sicherheitslücken geschlossen werden, die es ohne den Schengen-Vertrag nicht gegeben hätte.

Versagen der politischen Führungsmannschaften, die dem Niedergang des Euro ungerührt zuschauen und alle seinerzeitigen Versprechen zur Erhaltung der Kaufkraft des Euro brachen. – Sogar die Europäische Zentralbank hat ihre erklärte Aufgabe, die Währung zu schützen, aufgegeben und druckt jetzt Milliarden von Euro (über den Kauf von Staatsanleihen maroder Mitgliedsländer). Überall werden auf Begehren des IWF und der Weltbank Einsparungen vorgenommen bei den Löhnen der einfachen Angestellten, bei den Beamten, bei den Bauern und im Gesundheitswesen.

Sparen sei für dieses Jahrzehnt die Lösung – so die Kanzlerin Merkel, Vizekanzler Westerwelle und Finanzminister Stäuble am Sonntag den 6. Juni vor der deutschen Presse. Gleichzeitig ist festzustellen, dass Deutschland – pro Jahr drei Milliarden Euro für den Afghanistan Krieg im Dienste der USA ausgibt; – jährlich mehrere Milliarden Euro in die Kassen der Besatzungsmacht USA abführt; – noch immer Milliarden Euro jährlich als Reuegeld in Form von Kriegsmaterial oder in Geldbeträgen nach Jerusalem überweist; – im Rahmen des 750 Milliarden Hilfspakets mehrere 10 Milliarden Euro zu bluten haben wird.

Und was macht Griechenland mit den gespendeten Milliarden? Es bestellt neue Waffen für Milliarden von Euros, so z.B. von Deutschland 60 Eurofighter für fünf Milliarden Euro, 20 Militärhubschrauber NH90 für X Hundert Millionen Euro. Diese sollen zur Aufstandsbekämpfung im Inland eingesetzt werden. Zudem ist ruchbar geworden, dass Frankreich seine Hilfszahlungen an Griechenland in Form von Rüstungsgütern leisten will!

Die Begründung für den Irak-Krieg der mindestens 200 000 Irakern das Leben gekostet hat, war eine klare Lüge der Bush-Administration. Aber die Lüge von der Bedrohung mit Massenvernichtungsmitteln durch Saddam Hussein wurde solange

wiederholt, bis das amerikanische Volk und die «Koalition der Willigen» kriegsbereit waren.

Der damalige Aussenminister **Colin Powell** klagte dann 2 Jahre später – im Mai 2005 in einem Interview mit dem US Fernsehsender ABC (Zitat): «ich fühle mich furchtbar wegen der damaligen Falschbehauptungen. Diese sind ein Schandfleck in meiner Karriere.»

Die Zielstrebigkeit, mit der die USA nach dem Einmarsch im Irak 2003 einen Überfall auf den Nachbarstaat Iran ansteuerten, wäre schon für sich genommen atemberaubend. Was aber an Dreistigkeit nicht mehr überboten werden kann, ist die schlichte Wiederholung der Propagandalügen vom letzten Mal, als ob diese sich nicht bis auf die Knochen blamiert hätten. (Zitat aus dem Vorwort von Jürgen Elsässer im Buch «Iran».)

Dabei arbeitet man mit Unterstellungen: Dass Iran überhaupt Uran anreichern wolle, deutete auf Bombenanspirationen hin. Deswegen sei Teheran immer wieder erklärte Treue zum Atomwaffensperrvertrag reine Heuchelei. Dies, trotzdem alle 16 amerikanischen Geheimdienste erklärten, der Iran habe sein Atomwaffenprogramm im Herbst 2003 aufgegeben. Trotzdem wird seit Anfang 2008 die Kriegspropaganda gegen den Gottesstaat kontinuierlich weiter vorangetrieben. Dies auch nach dem Amtsantritt von Barack Hussein Obama. Lediglich sind seither die direkten Kriegsvorbereitungen von Washington an Jerusalem delegiert worden. Dies ist keine beruhigende Entwicklung angesichts der Kriegslüsternheit und der bekannten schamlosen Verdrehungen von Wahrheiten durch die Regierung Netanyahu.

Rund um die iranischen Präsidentschaftswahlen im Juni 2009 wurden interne Spannungen im Iran durch Washington, London und Jerusalem so aufgepuscht, dass es beinahe zu einem Bürgerkrieg gekommen wäre. Der Tod einer Studentin wurde durch die amerikanischen Medien in widerlichster Weise instrumentalisiert. Offensichtlich wurde ohne Rücksicht auf Anstand und Moral gelogen, verdreht, unterschoben, verdächtigt und die Bevölkerung aufgehetzt. Die nötigen Mittel hierzu stammten vor allem aus dem «gottesfürchtigen» Amerika.

Soeben (Anfang Juni 2010) hat der Welt-Sicherheitsrat unter dem Druck der Amerikaner zum 4. Mal die Sanktionen gegen den Iran verschärft. Kurz vorher fanden die NATO-Grossmanöver «Brillant Ar-



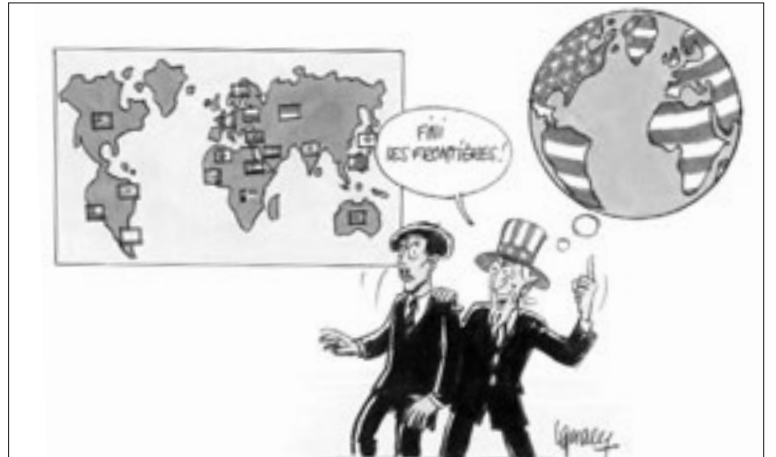
Un chaudron maléfique

L'OMC est une organisation créée par et pour le NOM (Nouvel Ordre Mondial) qui n'a qu'un but: uniformiser la Planète dans son ensemble, soit l'économie, l'agriculture, les services, les cultures, les races, et les idées, sous la férule de potentats self-désignés, qui sous le label d'Etat démocratique décident, engrangent des milliards, et règnent en décideurs absolus.

D'ailleurs cette politique mondialiste a été mise en place depuis la nuit des temps, en commençant par les pharaons, puis les Hébreux, et les diverses franc-maçonneries. C'est le gag de Churchill pendant la Seconde Guerre mondiale qui essayait de vider une piscine avec une cuillère à café «*Ce sera long, mais je l'aurai*» disait-il yeutant la victoire. La stratégie des pharaons perdure, et à travers les Juifs successeurs des Hébreux, au moyen de massacres, de guerres fratricides, et de guillotines révolutionnaires vengeant les pogromes, toutes ces tragédies formées sous le slogan «*diviser pour régner*», nous avons à travailler dur pour entretenir toutes les institutions internationales, la dernière en date l'OMC qui pose sur l'obélisque pharaonique une soisdisant agriculture généralisée, sans barrière douanière

toujours en faveur des grandes multinationales intouchables. Que leur chaut la ruine des petits paysans dans le monde, la déforestation, les eaux, l'air et les sols pollués! Il faut suivre la route tracée par les Illuminés de Bavière, les organismes occultes contrôlant les banques, les Bourses et ce qu'ils appellent les Droits de l'homme, l'Homme avec un grand H subliminal dominant la plèbe, celui qui porte le sabre, le glaive et l'autorité suprême. Les apprentis sorciers ne cherchent-ils pas à égaler Dieu, Allah ou Yavé en manipulant génétiquement plantes, animaux et humains? Une graine de tourne sol produira bientôt des mélèzes et d'un œuf de poule sortira un éléphant, ou pire encore.

Monsanto depuis Détroit a commencé à manipuler les gènes de plantes comestibles après avoir empoisonné au VietNam avec la saloperie orange des hectares de nature, pour aujourd'hui prétendre que grâce à une amélioration des procédés de production, on pourra lutter contre la faim dans le monde! Et que voit-on? Les champs de maïs et de blé, s'agrandissent au détriment des poumons de verdure planétaires, poue produire de l'éthanol destiné aux riches posséd-



dants des avions, voitures et yachts. Les esclaves peuvent crever pêcheurs poussés à travailler trois fois plus pour ramasser les miettes laissées par les bateaux construits pour le pêche industrielle.

L'OMC au lieu de palabrer sur des quotas de production, des subventions diverses et des barrières douanières, aurait mieux fait de clarifier le rôle des spéculateurs, boursicoteurs, mafiosi, fabricants d'OGM, prédateurs de graines brevetées à leur profit, mais cette bande mandatée par des gouvernements infiltrés par des lobbies occultes, n'ont aucune idée des vrais enjeux et n'ayant reçu aucun indi-

ce de la ligne à suivre, n'arrivent pas à s'entendre et pour cause. Notre petite Leuthard, malgré ses gros yeux, n'a aucune influence sur le cours des événements programmés depuis longtemps par plus forts qu'elle.

On doit d'abord produire pour son pays, et s'il y a du surplus le vendre aux autres en difficulté. Pour cela il faut apprendre à ne pas demander d'impossibles denrées dévoreuses d'énergie, et se contenter de ce que l'environnement de chacun offre aux êtres vivants sur place. Chaque chose à sa place, et chaque place à sa chose, comme disait mon père.

Octopus

Suite à la déclaration du Président du Grand Conseil Guy Mettan

Le MCG n'a pas peur de Kadhafi

Une résolution est déposée par le MCG, pour ne pas se coucher devant le dictateur libyen.

Non, le Président du Grand Conseil Guy Mettan ne pouvait pas parler au nom du Grand Conseil. Le faisant, il a pris en otage les députés qui ne partagent pas sa vision de l'affaire libyenne, tous partis confondus, et qui refusent de se coucher devant une dictature. C'est pourquoi le MCG vient de déposer une résolution intitulée «L'ensemble du Parlement pris en otage par une déclaration non autorisée du Président du Grand Conseil».

Nous demandons au Grand Conseil de déclarer nul et non avenu le communiqué de presse publié au nom des 100 députés, suite à l'initiative d'une seule personne, le Président du Grand Conseil Guy

Mettan. C'est intolérable, d'autant plus que nous exprimons une faiblesse après une prise d'otages en faveur d'un régime qui met à mal les droits de l'homme.

Ainsi, tout récemment le Parlement européen a vigoureusement protesté contre l'exécution de 18 personnes dans des conditions inacceptables. Le MCG ne peut cautionner pareil système politique de type fasciste.

Comment une ville comme Genève peut-elle associer son nom à pareil régime? Le Président du Grand Conseil a franchi une ligne rouge, en poussant sa vision diplomatique de manière tout à fait inappropriée. Ce n'est pas à notre Parlement cantonal de se transformer en super-ambassadeur auprès de certains régimes politiques; au contraire, il convient d'exprimer

une volonté forte et de défendre certains principes fondamentaux. Au moment où des victimes anonymes, enfermées pour des délits d'opinion, croupissent dans les geôles libyennes, nous ne pouvons d'aucune manière entrer dans cette dynamique.

Dans le même temps, toujours à propos de l'affaire Kadhafi et de la motion du MCG demandant qu'Hannibal soit déclaré persona non grata, le Vice-Président libéral du Grand Conseil Renaud Gautier s'est permis de déclarer: «*Parce qu'il faut aussi parfois que ce Parlement dise non au populisme et à ses avatars noirs.*»

Ainsi, le député libéral cherche à assimiler le MCG de manière calomnieuse à l'extrême-droite, alors que les libéraux-radicaux-démo-

crates-chrétiens ont été, eux, directement associés dans les années 1930 à un parti genevois fascisant, l'Union nationale. L'Entente genevoise s'est appelée Entente nationale dans les années 1930, comptant dans ses rangs Géo Ultramaré, qui a collaboré avec les nazis en particulier au poste de Radio-Paris. Désolés, le MCG a été fondé en 2005 et il ne veut pas être lié à une dictature qu'il s'agisse de celle de M. Hitler ou de M. Kadhafi. Chacun choisit son camp. Nous, c'est la démocratie et le respect des droits de l'homme!

A l'heure où nous écrivons le présent communiqué, tous les partis ont décrié la déclaration de Guy Mettan. Il faut maintenant passer de la parole aux actes en respectant la démocratie par un vote de sanction. C'est ce que propose la résolution du MCG.

*Eric Stauffer,
député et président du MCG*



Affaire Kadhafi

Grand Conseil genevois: sans courage!

Le MCG constate qu'au point 29 de l'ordre du jour du Grand Conseil sera examinée la motion qui exige que le fils Kadhafi soit persona non grata à Genève et en Suisse. Nous apprenons qu'il sera traité en point fixe le vendredi 18 juin dès 22 h 30. Le Président du Grand Conseil affirme que la question pourrait faire l'objet d'un huis clos. En conséquence, à partir de vendredi, aucune communication ne pourra plus être effectuée, conformément aux réglementations concernant cette procédure secrète. N'en demeure que le huis clos ne pourra pas entrer formellement en vigueur avant le vendredi 18 juin 22 h 30, et il faudra encore qu'il soit voté par une majorité de 2/3 des députés.

Si ce mode de faire est validé, ce sera la démonstration du manque de courage de la classe politique genevoise qui refuserait d'avoir un débat public dans le cadre de nos institutions.

Le Grand Conseil va sans doute traiter à huis clos la Motion du MCG (Motion M-1896), déposée le 24 août 2009, qui demande que le

fils du dictateur libyen Kadhafi ne puisse plus venir à Genève. Que réclame ce texte parlementaire? Tout simplement, c'est un signal fort que le MCG lance à la Libye et aux régimes de ce type. A Genève, on ne peut pas faire n'importe quoi. Il y a des lois qui s'appliquent à tous. Si on ne peut les respecter, mieux vaut ne pas venir.

Les médias internationaux ont fait connaître les nombreuses frasques que le fils du Guide suprême libyen a commises dans des cités européennes, sans parler de son attitude à Genève envers ses domestiques. Il s'agit donc d'une personnalité incontrôlable, dont la filiation à un dictateur pose problème.

Il convient de lui faire comprendre qu'à Genève on ne tolère pas certaines attitudes.

Pour le MCG, une prise d'otage telle qu'elle s'est développée en Libye, ne peut être tolérée par un Etat démocratique. Ce sont des méthodes inqualifiables, envers lesquelles nous ne devons avoir aucune faiblesse, qui sera exploitée par le régime libyen. Au lieu de comprendre que nous avons affaire à des

dictatures se moquant des droits de l'homme, la diplomatie suisse et le Conseil fédéral ont multiplié les erreurs, pour finalement plier face aux menaces. Voilà où nous conduit le manque de réalisme conjugué au manque de courage.

Au début, ils hurlaient tous avec les loups contre Kadhafi, évoquant la séparation des pouvoirs, critiquant le fils du dictateur, etc. etc. Maintenant, les mêmes se taisent et iraient jusqu'à lécher les bottes du potentat de Tripoli. Tous sont devenus dociles, pliant devant les menaces économiques. Tous s'appâtissent devant Kadhafi.

Quelle tristesse de voir Micheline Calmy-Rey faire allégeance! Quelle image lamentable que le Cavalieri Silvio Berlusconi faisant le baise-main à Kadhafi: une honte pour tout les Italiens.

Aujourd'hui, la lâcheté est devenue un principe constitutionnel dicté par l'argent. La Suisse donne la pire image qu'elle n'a jamais laissée même durant les heures les plus difficiles de son histoire. Si la même affaire avait concerné un pays pauvre du tiers monde, jamais

le Conseil Fédéral n'aurait été utilisé comme un vulgaire paillason. Pour une fois, le Conseil d'Etat genevois a fait preuve de cohérence en ne pliant pas face à Kadhafi et en suivant la ligne de fermeté du MCG face au dirigeant libyen.

Il faut bien faire comprendre certains points. M. Hannibal Kadhafi peut agir comme il l'entend en Libye ou dans l'Italie de Berlusconi, ce qui ne nous concerne pas. Mais à Genève, sur le territoire du canton, l'esclavagisme est révolu et on ne peut pas battre ses domestiques.

Pour le MCG, on ne peut cautionner la prise d'otages suisses, d'aucune façon. Certes, la démocratie est une valeur qui est étrangère au régime libyen, mais nous avons multiplié les faiblesses alors que M. Kadhafi ne connaît qu'une règle: le rapport de force.

Dans ce contexte, Genève doit être très claire et imposer ses lois. Sinon, il appartient à nos autorités d'interdire la venue de certains dans notre ville.

C'est le sens de la motion du MCG, qui se refuse à l'hypocrisie et au manque de courage, les deux piliers de la politique étrangère du Conseil fédéral actuel.

*François Baertschi,
secrétaire général du MCG*

Carton rouge au Conseil d'Etat genevois

La France prend les Genevois pour des vaches à lait!

Qui va payer pour la sécurité, qui va payer pour les heures supplémentaires de la police?

La Fédération française a donné hier son feu vert à la venue d'Evian-Thonon-Gaillard FC à la Praille. L'UEFA, à Nyon, dernier rempart pour sauver Genève, doit encore se prononcer sur cette dérogation. Le FC Servette



crie sa colère et son indignation! Le MCG soutien le syndicat des policiers genevois qui s'inquiètent d'une surcharge de travail.

C'est avec colère que le Mouvement Citoyens Genevois a appris qu'un club de football savoyard – Evian-Thonon-Gaillard FC – voulait s'appropriier le Stade de Genève, qui a coûté très cher aux contribuables genevois. Le conseiller d'Etat a même déclaré à la «Tribune de Genève»: «Le Conseil d'Etat est favorable à la venue d'Evian Thonon Gaillard FC.»

Cet accord du Gouvernement, glissé en catimini, est inacceptable. Le MCG ne peut tolérer cette invasion

sportive de Français, qui vont profiter d'un stade qui a été financé en grande partie par les contribuables. Et symboliquement, après la faillite du Servette FC géré par une société française et son redémarrage difficile, il est tout autant indécent de laisser notre Cité se délester de son Stade.

C'est aussi un aveu d'échec de la part du Gouvernement qui est incapable de gérer une infrastructure sportive de cette ampleur. Ce serait une genevoiserie de plus à mettre sur le tableau de chasse de la nomenclatura qui dirige notre canton en multipliant les bourdes et les erreurs de gestion.

A l'heure où les statistiques présentent un afflux de travailleurs frontaliers, sur le terrain sportif on découvre cette même politique d'abandon, qui nous inquiète.

Le MCG refuse et ira jusqu'à organiser des actions sur le terrain pour bloquer la venue des supporters si des matchs devaient avoir lieu! Si le Conseil d'Etat veut la guerre nous sommes prêts!

*Eric Stauffer, député et
président du MCG*

L'UEFA remet les pendules à l'heure du Conseil d'Etat genevois

Le stade de La Praille restera Servettien!



Genève ne fait plus partie de la France depuis 1815! L'UEFA de Michel Platini qui s'est réunie en Afrique du Sud a tranché en refusant la dérogation à Evian-Thonon-Gaillard (ETG)! Le Mouvement Citoyens Genevois remercie vivement l'UEFA pour cette décision qui remet les pendules à l'heure du Conseil d'Etat genevois!

En 1798, Genève a été annexée par la France et intégrée au département du Léman. La défaite des armées napoléoniennes lui redonne son indépendance en 1813, et c'est en 1815 que la République de Genève obtient définitivement son entrée dans la Confédération suisse et devient la République et canton de Genève.

L'honneur des Genevois est sauf grâce à l'UEFA, le Conseil d'Etat

devrait être amené à réfléchir de manière plus responsable avant de faire des déclarations de dilapidation du territoire genevois!

Nous sommes GENEVOIS ET FIERES DE L'ÊTRE!

La fin de non recevoir de l'UEFA donne un coup d'accélérateur au FC Servette pour reprendre l'exploitation du stade de Genève; le MCG appuie cette démarche et dépose une motion ce jour au Parlement!

*Eric Stauffer, président du
Mouvement Citoyens Genevois*



Fête nationale du 1^{er} août avec les Démocrates Suisses à Näfels/GL
(voir page 5)

DS 

Lügen haben kurze Beine...*Fortsetzung von Seite 12*

dent 2010» statt. Der Übungslauf – einschliesslich der angenommenen Auftraggeber, – die UNO – war so angelegt, dass für einen so durchgeführten Luftangriff nur ein Land, nämlich der Iran in Frage kam. Derartige Drohungen sind Wasser auf die Mühlen der Kriegslüster. Gnade uns Gott!

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass zur Rechtfertigung der Einmischungen im Iran oder ev. sogar einen kriegerischen Einsatz (der voraussichtlich durch Israel ausgelöst würde) folgende Lügen permanent wiederholt werden:

- die Behauptung, Iran sei kurz vor der Realisierung einer Atombombe;
- Achmadineschad habe wiederholt mit der Vernichtung des Judentums gedroht;
- die Präsidentschaftswahlen 2009 seien gröblich gefälscht worden.

Vielsagend ist die jüngste Ankündigung von Obama, im Nahen Osten eine atomwaffenfreie Zone schaffen zu wollen. Bekanntlich ist von den betroffenen Ländern einzig Israel im Besitze von Atomwaffen. Aber genau Israel wird dabei ausgeklammert und praktisch nicht erwähnt. Irak und Afghanistan sind schlimm radioaktiv verseucht durch den Einsatz radioaktiver Munition durch die Amerikaner. Die angrenzenden

Gebiete von Pakistan und Indien – beides Atomkräfte – scheinen ebenso wenig ein Problem zu sein wie Russland und China.

Als letztes Beispiel internationaler Lügnerie sei die Klimadebatte mit der CO₂-Mär erwähnt. Noch vor zirka 40 Jahren wurde der Weltbevölkerung Angst gemacht mit der Drohung, wir würden einer neuen Eiszeit entgegen gehen. Jetzt soll eine Klimaerwärmung als Folge der menschlichen Aktivitäten, insbesondere der Freisetzung von Treibhausgasen mit voraussichtlich schrecklichen Folgen unsere Existenz bedrohen. Dabei werden die erdgeschichtlich sehr wohl bekannten Veränderungen (mit den Eiszeiten und den Wärmeperioden) ausgeblendet und die sehr bescheidene Bedeutung des CO₂ Anteils in der Atmosphäre verschwiegen. Die neuesten Bekanntmachungen der betrügerischen Daten von Klimaforschern, die ausschliesslich die offizielle Politik stützen sollen, werden zur Waffe gegen kritische Betrachter des Geschehens uminterpretiert.

Es ist offensichtlich, die Anhänger der Klimälüge haben einen langen Atem, verstecken sich doch dahinter die Interessen der Wirtschaftsmächtigen mit ihrem Drang, eine Weltregierung einzurichten – um die one-world-Ideologie Realität werden zu lassen.

*Hans Spitz, Köniz***Die USA als Erpresser**

1998 erpressten jüdische Organisationen mit Hilfe krimineller Anwälte und amerikanischer Behörden 1,25 Milliarden Dollar von der UBS und der CS. Die USA verursachten zudem die weltweite Finanzkrise und schädigten auch unser Land um Hunderte von Milliarden, was für viele Schweizer ein Verlust ihrer Ersparnisse bedeutet. Auch ist der durch amerikanische Praktiken erlittene Verlust für die Schweiz sehr viel höher als der Schaden, den die UBS dem US-Fiskus durch ihre Mithilfe bei Steuerbetrügereien verursacht hat. Eigentlich ein Grund für die USA, das Dossier UBS ad acta zu legen, denn wer selber im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Bemerkenswert zudem, dass laut «Tax Justice Network» ausgerechnet «Saubermann» USA dank ihres diskreten Finanzplatzes Delaware das Ranking der «Steuerösen» weiterhin anführt!

Die CS wurde kürzlich mit 536 Millionen Dollar gebüsst, eine neue Rekordbusse von etwa einer Milli-

arde hat Novartis zu gewärtigen. Weitere Bussen in Milliardenhöhe – von den amerikanischen Medien jeweils genüsslich ausgeschlachtet – befinden sich in der Pipeline. Da einträgliche Erfolge gegen unser Land so einfach zu erzielen sind, wird uns jetzt unter Zeitdruck ein illegaler Staatsvertrag aufgezwungen und bei dessen Ablehnung werden Wirtschaftssanktionen angedroht. Warum übernehmen wir als Gegenmassnahme für die in der Schweiz tätigen US-Firmen nicht das amerikanische Rechtssystem, verbunden mit häufigen und teils willkürlichen Bussen in neuen Rekordhöhen?

Zu hinterfragen ist auch die bisherige Praxis der Übernahme diplomatischer Mandate der USA durch die Schweiz wie in Kuba und im Iran. Warum sollen wir ein Land, das zunehmend zu unserem Gegner wird, Gutes tun? Schliesslich haben uns die USA im Libyenkonflikt nicht einmal verbal unterstützt!

*Otto Weiersmüller, Uetikon***Bilderberger zunehmend unter Druck!**

Als ich in den Mainstream-Medien den Bericht über das diesjährige Bilderberger-Treffen gelesen habe, freute ich mich darüber, dass endlich über die Clique der reichsten, wirtschaftlich und politisch mächtigsten und einflussreichsten Männer geschrieben wird. Dies zeigt mir, dass die Arbeit von den wahrheitsliebenden Journalisten durch ihr beharrliches Dranbleiben Früchte trägt. Lange Zeit hat man sie als «Verschwörungstheoretiker» abgetan, doch dies ist nun endgültig vorbei! Die Öffentlichkeit ist aufmerksam geworden und die Bilderberger geraten zunehmend unter Druck. An dem diesjährigen Treffen waren nicht nur die alternativen Berichtersteller besonders zahlreich zugegen, sondern in auffallender Weise nun auch einige etablierte Medien – ein absolutes Novum! Es tut sich also was. Dies finde ich wichtig, denn wir Bürger wollen doch wissen, was diese mächtigsten Männer hinter verschlossenen Türen besprechen. Vor allem, wenn es um Dinge geht, die jeden Einzelnen von uns betreffen. Wenn zum Beispiel ein Bill Gates laut interner Quellen unter anderem über Bevölkerungskontrolle mittels Impfstoffen und Sterilisierung durch Ultraschall spricht, dann sollte uns dies auf-

horchen lassen. Solche Aussagen sind äusserst beängstigend und man beginnt sich zu fragen, was sie uns sonst noch alles unter einem humanitären Deckmantel verkaufen wollen. Alt-Bundesrat Christoph Blocher war laut Teilnehmerliste auch dabei. Er kann uns ja auch noch ausführlicher darüber berichten, wenn da nur nicht absolute Schweigepflicht herrschte!

Der Bilderberger ultimatives Ziel ist einen einzigen globalisierten Marktplatz zu schaffen, welcher von einer Weltregierung verwaltet wird. Diese Weltregierung beherrscht auch die Gerichte, Schulen, die Lesegewohnheiten der Menschen und selbst ihre Gedanken. Dies wird geschehen, wenn nicht wir, das Volk der freien Welt (oder was davon noch übrig ist) uns erheben, um unsere nationalen Ideale zu verteidigen.

Wir wollen frei sein wie es die Väter waren! Eher tot als in der Knechtschaft leben!

Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen!

Zum Schluss noch eine Buchempfehlung zum Thema: «Die wahre Geschichte der Bilderberger» von Daniel Estulin erschienen im Kopp-Verlag.

*Martin Bracher, Blauen***Leserbriefe****Volksentscheid ausgehebelt!**

Die UBS wurde mit Steuermilliarden gerettet. Nun darf das Volk nicht einmal abstimmen im Rahmen eines fakultativen Referendums (mit 50 000 Unterschriften) betreffend der Herausgabe von 4450 UBS-Bankkundendaten an die USA. Eine breit abgestützte Diskussion auf Volksebene wurde dadurch einfach abgewürgt. Das ist inakzeptabel!

Bei 63 NEIN-Stimmenden, also fast einem Drittel des Nationalrates, sowie 47 Enthaltungen (fast ein Viertel der Grossen Kammer), sollte – nach gesundem Menschenverstand – eigentlich das obligatorische Referendum (ohne Unterschriften-sammlung) zwingend sein.

Wo bleibt die Verantwortung der politischen Exponenten, gegenüber den Initianten der Eidg. Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» und gegenüber dem Volk? Viele von ihnen haben im Nationalrat wohl beim UBS-Abkommen mit NEIN gestimmt oder sich der Stimme enthalten... Viele haben sich aber auch von

einer drohenden und fingererhebenden Bundesrätin Widmer-Schlumpf, wie in der Kinderschule, verunsichern und umstimmen lassen. Mit einem solchen Bundesrat, der anfänglich seine Kompetenzen überschreitet und einen Staatsvertrag über die Köpfe des Parlamentes und des Volkes hinweg unterzeichnet, bringt sich die Schweiz immer mehr in eine diktatorisch gesteuerte Scheindemokratie, welche lediglich noch in der Theorie existiert.

Wer glaubt, es sei nun «das letzte Mal» gewesen, dass der Bundesrat eigenmächtig einen Vertrag im Ausland unterzeichnet hat, befindet sich tatsächlich auf dem geistigen Niveau eines Primarschülers. Statt erneut vor den Amerikanern den Bückling zu machen, hätte es dem Ansehen und dem Respekt unseres Landes besser angestanden, den US-Amerikanern die Direkte Demokratie und das Referendumsrecht des Schweizer Volkes zu erklären!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

Für mehr Aktionärsdemokratie und gegen Boni-Exzesse!

Wie bereits anlässlich der Unterschriftensammlung unterstützen die Schweizer Demokraten (SD) sowohl die «Abzockerinitiative» wie auch den direkten Gegenvorschlag. Beide stärken die Aktionärsrechte, sorgen für mehr Transparenz und Mitsprache für die Aktionäre und ermöglichen es, den exzessiven Bezügen in den Verwaltungsräten und bei den obersten Kadern wenigstens teilweise einen Riegel zu schieben. Beide Varianten ermöglichen eine Volksabstimmung: die Stimmberechtigten sollen sich zur Boni-Frage äussern können. Noch weiss jedoch niemand, wie der direkte Gegenvorschlag am Schluss der parlamentarischen Beratung genau aussehen wird.

Die SD warnen hingegen davor, allzu grosse Hoffnungen auf die Initiative oder/und den Gegenvorschlag zu setzen. Es wird trotz verbesserter Aktionärsdemokratie auch in Zukunft sehr hohe Bezüge geben. Denn wer sind die entscheidenden Aktionäre? Es sind jene, welche die grossen Aktienpakete halten: Pensionskassen, Versicherungen, milliardenschwere Investoren, Finanzgesellschaften und Banken. Solange die geforderte Rendite stimmt, werden diese auch bereit sein, jene Manager zu vergolden, welche ihnen diese Renditen verschaffen.

Die Finanzkrise hat gezeigt, wie die exorbitanten Entschädigungen sämtliche Vorsichtsmassnahmen ausser Kraft treten liessen. Die

Boni sind mitverantwortlich für den Beinahe-Zusammenbruch des Welt-Finanzsystems. Die Wirtschaft muss mittelfristig zu einem Verhältnis zwischen höchsten und niedrigsten Löhnen von maximal 40 zu 1 zurückfinden, wie es sich jahrzehntelang bewährt hat. Heute sind es Lohnspannen von 400 zu 1 und mehr. Die JUSO-Initiative 12 zu 1 stellt auch keine realistische Lösung dar! Helfen eine verbesserte Aktionärsdemokratie und eine Boni-Steuer bei den Unternehmen diesem Übel nicht ab, treten die SD ein für eine Begrenzung der Lohnspanne, beispielsweise im Arbeitsrecht oder im allgemeinen Teil des Obligationenrechts.

Bernhard Hess,
e. Nationalrat, Bern



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Bei rechtswidrigem USA-Staatsvertrag Referendum vereitelt!

Die Schweizer Demokraten (SD) haben mit grosser Empörung vom Beschluss des Parlaments Kenntnis genommen, welcher das Amtshilfeabkommen mit den USA in Sachen UBS-Kundendossiers endgültig nicht dem fakultativen Referendum unterstellen will.

Einmal mehr enttäuscht sind die SD über die Haltung der grossen Mehrheit der SVP-Fraktion, welche dem Staatsvertrag mit den USA wenn nicht gar zugestimmt – sich grösstenteils überraschenderweise



der Stimme enthalten hat. Es kann nicht sein, dass das Parlament rückwirkend Unrecht zu Recht macht. Dies ist ein krasser Verstoss gegen die Prinzipien der Rechts-

staatlichkeit und der Rechtssicherheit. Aufgrund der grossen Tragweite hätten die SD von der SVP zumindest erwartet, dass sich diese in der Debatte nicht nur mit Worthülsen für das fakultative Referendum aussprechen – sondern im Parlament bis zum Schluss für dieses erfolgversprechende Volksrecht gekämpft hätte (was zumindest die Linke getan hat!).

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer

Immer neue EU-Forderungen!

Im wirtschaftlichen Vergleich mit der Schweiz schneidet die EU schlecht ab. EU-Löhne sind niedriger; Steuern, Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit aber wesentlich höher. Hinzu kommen ein schwindsüchtiger Euro, eine hohe Regulierungsdichte und ein riesiger, mit Privilegien reichlich gesegneter Beamtenapparat. Die Schweiz liegt mitten in der EU, etwa so, wie ein Fünfliber in einem Kuhfladen.

Brüssel ist es daher ein Dorn im Auge, wenn unser Land die EU-Euphorie widerlegt. Folglich werden wir mit immer neuen Begehren unter Druck gesetzt. Die EU weiss natürlich um unsere schwache Landesregierung. Auch nutzt sie die Tatsache, dass diverse hochrangige helvetische Magistraten den EU-Beitritt befürworten. Mit dem

Hintergedanken, als Dank eines Tages in Brüssel ein einträgliches Pöstchen zu ergattern.

Zur Zeit steht ein neuer Dialog, besser gesagt, eine neue EU-Forderung zur Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung an. Im Klartext: **Wir sollen unsere Unternehmensbesteuerung der EU-Regelung anpassen!** Sonderbar: Bei Preisabsprachen werden private Unternehmen, die ihre Preise absprechen, massiv gebüsst, weil sie den Wettbewerb ausschalten.

Im Hochsteuergelände EU ist Wettbewerb unter den Ländern offenbar unerwünscht. Zudem haben die EU-Länder Zypern, Irland, Litauen und Lettland tiefere Unternehmensbesteuerungen als die Schweiz. Dort soll die EU harmonisieren so viel sie will.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Nationalrat will «Lex Koller» lockern!

Der Verkauf von Liegenschaften an Ausländer unterliegt dank erfolgreichem SD-Referendum einer Bewilligungspflicht. Jährlich steht ein Kontingent von 1400 Einheiten zur Verfügung. Der Nationalrat will nun diese «Lex Koller» lockern. Auf Antrag von Christophe Darbellay (CVP, VS) hiess er zwei entsprechende Motionen gut. Einerseits soll das Jahreskontingent um die Anzahl Grundstücke erhöht werden, die von Ausländern wieder an Schweizer veräussert werden. Zudem soll der Weiterverkauf von Grundstücken von Schweizern an Ausländer vom Geltungsbereich des Gesetzes ausgenommen werden. Bei einer Lockerung werden die SD unverzüglich das Referendum ergreifen.